

Der Kampf geht weiter!



Bernhard Hess,
e. Nationalrat,
Bern

Trotz intensivem und äusserst engagiertem Wahlkampf ist es uns Schweizer Demokraten nicht gelungen, den Berner SD-Sitz im Nationalrat zu halten. Zu stark war die millionenschwere SVP-Propagandawalze. Trotz negativem Wahlausgang ist eine überwiegende Mehrheit der führenden SD-Aktivist*innen der Meinung, dass es die Schweizer Demokraten als heimatverbundene Partei mit starken sozialen und ökologischen Akzenten weiterhin braucht. Der Fortbestand der SD klappt aber nur mit Ihrer ideellen und finanziellen Mithilfe!

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern

Hand aufs Herz: Haben auch Sie nach den schweren Krawallen vom 6. Oktober 2007, angezettelt durch links-extreme Anarchochaoten, nie damit geliebäugelt, statt den SD, diesmal der SVP die Listenstimmen zu geben? Gerade aus Solidarität und um ein Zeichen für die uneingeschränkte Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit sowie gegen links-extreme Gewalt zu setzen, haben viele – auch aus unseren Reihen

– bei diesen Wahlen Listenstimmen an die SVP verschenkt. Nicht selten wurden im Kanton Bern noch die Namen unserer Spitzenkandidaten Bernhard Hess, Adrian Wyss und Roland Schöni auf die Fremdlingen geschrieben. Dies hatte aber zur Folge, dass die SD letztlich rund 0,15 Prozent Wähleranteil zu wenig erreichte und das SD-Mandat somit leider verloren ging. Mit Sicherheit aber muss festgestellt werden, und eine GFS-Nachwahlbefragung bestätigt dies, dass die gewaltbereiten, ja kriminellen, «Schwarzen Schafe» rund um den grünen Anarchoführer Daniele Jenni ganz gewichtig zum SVP-Wahlerfolg beigetragen haben.

Proporzpech und Wortbruch

Leider reicht es in unserem Wahlsystem nicht, nur den Spitzenkandidaten zweimal auf der Wahlliste aufzuführen. Parteien leben vor allem von den Listenstimmen. Der Schreibende war mit seinen 23 567 Stimmen mehr als 20 000 Einzelstimmen (!) über dem Basiswert der SD. Trotz diesem hervorragenden Einzelresultat, das ich mir nie hätte träumen lassen, wurde die Wiederwahl knapp verpasst. Ironie des Schicksals ist zudem, dass, wenn der Sozialistenkritiker Hans Christen aus Biel von der «IG gegen Missmanagement», nicht wortbrüchig geworden ... und die bereits zugesagte breite Listenverbindung mit SD, FPS, Männerpartei, Gesundheitspartei sowie dem «Büezer» Jörg Stettler nicht in allerletzter Sekunde noch zurückgezogen hätte, das letzte Restmandat nicht an die SP, sondern an die SD gegangen wäre. Rein mathematisch hat somit Hans Christen aus Biel den Ausschlag gegeben, dass die nächsten vier Jahre neu der Afrikaner und Sozialist Riccardo Lumenigo, statt des bisherigen Bernhard Hess im Nationalrat sitzt...

Schweizer Demokraten bleiben aktiv!

Die Nationalratswahlen vom 21. Oktober 2007 haben uns leider herbe Verluste beschert. Trotzdem hat der SD-Zentralvorstand an seiner Sitzung vom 27. Oktober 2007 beschlossen, unsere Partei in seinen bisherigen Strukturen weiter bestehen zu lassen. Einstimmig war man der Meinung, dass es weiterhin eine heimatverbundene Partei braucht, die zudem soziale und ökologische Akzente setzt. Wichtige Aufgaben warten auf uns: So wollen wir im kommenden Jahr das Referendum gegen die Verschacherung unseres Heimatbodens – nötigenfalls sogar im Alleingang – lancieren. Auch die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien werden wir nicht einfach tatenlos hinnehmen. Zudem läuft unsere Volksinitiative «Für freie Meinungsäusserung – Weg mit dem Maulkorb!» auf Hochtouren.

Um diese Aufgaben zu bewältigen, brauchen wir aber Ihre ideelle und derzeit vor allem finanzielle Unterstützung. Deshalb müssen wir auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Ihre Spende – ob gross oder klein – ist herzlich willkommen und hilft uns mit etwas weniger finanziellen Sorgen unsere wichtigen Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Besten Dank zum Voraus!

Ueli Brasser

SD-Zentralpräsident a. i.

Bernhard Hess

Chefredaktor

Valentin Oehen

Ehrenpräsident NA/SD

Für eine halbe Stunde gewählt

Kurios war auch die Kommunikation der Wahlresultate durch die Berner Staatskanzlei. Noch um 23.18 Uhr des Wahlsonntages wurde ein amtliches Dokument verteilt, aufgrund dessen der Schreibende noch als gewählt galt. Erst einige Minuten vor Mitternacht wurde dann eine Korrektur angebracht, wodurch der Sitz plötzlich von der SD zur SP «wanderte». Zahlreiche Gesinnungsfreunde gingen am Wahlabend beruhigt zu Bett, im Glauben, dass das SD-Mandat im Kanton Bern gehalten werden konnte. Viele Parteifreunde und sogar ein namhafter Jurist haben mich ermuntert, eine Wahlbeschwerde einzureichen und eine Nachzählung zu verlangen. Derzeit lasse ich die Rechtslage noch genau abklären.

Solidaritätsbekundungen

Überwältigt und gerührt war ich über die vielen Zuschriften, E-

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Jetzt erst recht!
- 4 Appell gegen die Blauäugigkeit
- 6 Offener Brief an NR Bäumle, Präsident der GLP
- 7 Nach den Wahlen ist vor den Wahlen
- 8 Veranstaltungshinweise
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Multikulturell = Multikriminell

Der Kampf geht weiter!

Fortsetzung von Seite 1

Mails und Telefonate, die ich in den letzten Tagen erhalten habe. Viele Freunde haben mich gebeten, mich nicht entmutigen zu lassen und den Kampf für eine freie, lebenswerte und eidgenössische Schweiz fortzuführen. Nachstehend möchte ich Euch allen den Text eines Gedichtes aus einer Zugschrift an mich weitergeben, der mich ausserordentlich berührt hat:

*«Wenn einer von uns müde wird,
der Andere für ihn wacht.
Wenn einer von uns zweifeln will,
der Andere gläubig lacht.»*

*Wenn einer von uns fallen sollt,
der Andere steht für zwei,
denn jedem Kämpfer gibt ein Gott
den Kameraden bei.»*

Nach diesem harten und intensiven Wahlkampf und rückblickend auf beinahe 16 Jahre Parlamentsarbeit im Berner Stadtrat, im Grossen Rat und zuletzt acht Jahre im Nationalrat, benötige ich nunmehr etwas Abstand von der aktiven Politik an vorderster Front. Gerne versichere ich aber allen: Die Gesinnungsgemeinschaft namens Schweizer Demokraten, die mir während beinahe zweier Jahrzehnte zum Lebensinhalt wurde, werde ich keineswegs im Stich lassen. Es wird es mir aber wohl kaum je-

mand verübeln, wenn ich derzeit etwas kürzer trete und innerhalb der Partei andere Aufgaben als das Präsidium übernehme.

Die SD werden überleben

Ich begrüsse den Entscheid des SD-Zentralvorstandes vom 27. Oktober 2007, den Kampf für die Schweiz nicht aufzugeben, sondern für die Lebensinteressen unseres Volkes und unserer Heimat weiterzukämpfen.

Um dieses Ziel unbeirrt weiterzuverfolgen, benötigen wir aber die Unterstützung unserer rund 6000-köpfigen Gesinnungsgemeinschaft.

Lassen Sie uns jetzt nicht fallen und bleiben Sie unserer «Fahne»

treu! Noch klafft ein finanzielles Loch von rund 50 000 Franken in unserer Kasse. Ich bin mir bewusst, dass einige unter Ihnen schon sehr viel für unsere Sache gespendet haben. Es gibt Leute unter uns, die sprichwörtlich ihren Zustupf an uns vom Mund absparen. Es gibt aber auch Gesinnungsfreunde, die mehr für unsere gemeinsame Sache leisten könnten. An all diese ist mein Aufruf gerichtet: Lassen Sie die SD in diesen schweren Stunden nicht im Stich!

An dieser Stelle möchte ich es nicht unterlassen, Ihnen allen, die in diesem harten Wahlkampf für unsere Sache eingetreten sind, ganz herzlich zu danken.

Schweizer Demokraten Aargau lösen sich nicht auf!

Seit dem schlechten Abschneiden der Schweizer Demokraten im Kanton Bern und der damit verbundenen Abwahl des einzig verbliebenen Nationalrates Bernhard Hess, kursieren Gerüchte und Spekulationen über die Auflösung der Partei der Schweizer Demokraten. Die Schweizer Demokraten Aargau halten davon allerdings nichts und werden auf jeden Fall weitermachen. Dies wurde jüngst auch von verschiedenen Exponenten der SD Aargau bekräftigt. Zu viel steht in naher Zukunft auf eidgenössischer, aber vor allem auch kantonaler Ebene an.

Die SD Aargau werden sich 2008 tatkräftig gegen das Bildungskleeblatt der Aargauer Regierung und 2009 gegen die Ausweitung der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien wehren. Ausserdem haben die SD vor kurzem die eidgenössische Initiative zur Abschaffung des Antirassismusgesetzes lanciert. Die SD sind bestrebt, auch dieses Anliegen vors Volk zu bringen.

Auch wenn die politischen Gegner und die Medien die SD nicht besonders mögen, so ist die Partei dennoch fest entschlossen, auch in Zukunft die umweltbewusste und patriotische Politik weiterzuführen – im Wissen, dass viele Bürgerinnen und Bürger die SD dabei unterstützen werden.

René Kunz, Reinach,
Wahlkampfleiter



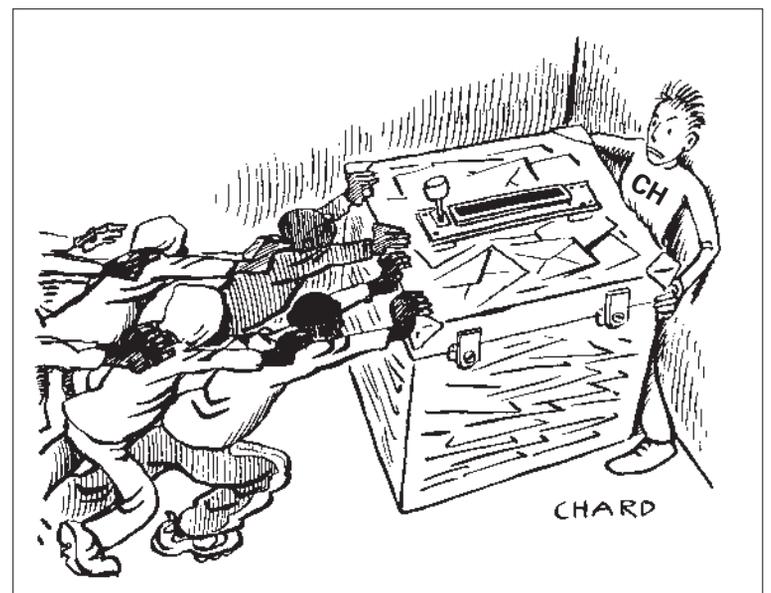
Ueli Brasser,
Gemeinderat,
Zürich

Unseriöse Einbürgerungspraxis

Der Gemeinderat macht jeden Monat zirka 100 Gesuchsteller samt Familienanhang zu Schweizerbürgern. Die Bürgerrechtskommission winkt die Gesuche schon fast im Minutentakt durch. Sie prüft nur noch anhand von Akten, ob ein paar formelle Voraussetzungen erfüllt sind. Sie nimmt sich nicht mehr die Mühe, sich persönlich ein Bild davon zu machen, wer da neu dazugehört und mitbestimmen will.

Nun gibt es zweifellos Bürgerrechtsbewerber, die sich mit unserem Land tief verbunden fühlen. Da sage auch ich als Schweizer Demokrat gerne ja zur Einbürgerung. Wer hingegen Doppelbürger sein will, beweist damit, dass ihm das Herkunftsland weiterhin mehr bedeutet als die Schweiz. Es gibt auch zahlreiche «Neuschweizer», die mit Kopftüchern, Turbanen usw. demonstrieren, dass sie nicht im Traum daran denken, sich an unsere Kultur anzupassen.

Von uns Gemeinderäten wird erwartet, dass wir im «Blindflug» zu allen Einbürgerungen ja sagen. Wir bekommen die Bewerber nie zu Gesicht. Wir können nicht im geringsten prüfen, ob sie sich mit der Schweiz identifizieren oder ob sie nur persönliche Vorteile suchen. Das ist ein unwürdiges Theater, das wir Schweizer Demokraten mit unserem Gewissen nicht ver-



einbaren können. Solange das so läuft, stimmen wir konsequent gegen jede Einbürgerung.

So wie heute eingebürgert wird, ist es kein Wunder, dass es immer wieder auch Kriminelle, namentlich jugendliche Gewalttäter, leicht schaffen, Schweizer zu werden. Nicht selten ziehen frisch Eingebürgerte sogleich auf eigenen Ausländerlisten in die Wahlen und benützen ihr neu erworbenes Recht, um die fremdkulturelle Kolonisierung der Schweiz voranzutreiben. Das sind trojanische Pferde! Doch die Mehrheit im Gemeinderat will solche Alarmzeichen nicht sehen, sondern einfach möglichst viele Ausländer wenigstens auf dem Papier zu «Schweizern» machen.

Ich meine, dass der Gemeinderat in Sachen Einbürgerungen endlich wieder seriös arbeiten soll. Das heisst, dass die Gesuchsteller wieder von einem Kommissionsmit-

glied besucht und in der Kommissionssitzung persönlich befragt werden. Sie sollen auch vor dem Gemeinderat erscheinen und sich allfälligen Fragen von Ratsmitgliedern stellen.

Schweizer kann man nicht machen. Ein Volk ist mehr als eine Menge von Menschen mit gleichen Reisepässen. Wer Schweizer werden will, soll sich anpassen, unsere Kultur und Mentalität annehmen. Danach ist die Einbürgerung der letzte Schritt, Eidgenossin bzw. Eidgenosse zu werden.

Wir Schweizer Demokraten haben mehrfach konstruktive Vorschläge gemacht, wie die Einbürgerungen seriöser geprüft werden könnten, z.B. mit Sprachtests und Befragungen im Gemeinderat. Leider ohne Erfolg. Stattdessen will man es nun dem Stadtrat überlassen, einfach hinter verschlossenen Türen alle einzubürgern. Dazu sage ich klar und deutlich NEIN!

Jetzt erst recht – *E la nave va!



Adrian Pulver,
Mitglied SD-
Parteileitung,
Bern

Ein Rückblick auf die vergangenen National- und Ständeratswahlen vom 21. Oktober 2007 lässt den Schweizer Demokraten so Manches erkennen. In sämtlichen Kantonen, ausser in jenen, wo die Partei zum ersten Mal angetreten ist, hat man an Terrain eingebüsst. Dabei interessierte vor allem der Mandatserhalt im Kanton Bern. Angesichts der zahlreichen Listenverbindungen liebäugelte die kantonale Parteileitung sogar mit einem zusätzlichen Sitz. Als jedoch die ersten Gemeinden ausgezählt waren (darunter auch traditionelle Hochburgen), musste bereits das Schlimmste befürchtet werden. Die einwohnerstarken Kommunen, allen voran die Stadt Bern, entschieden letztlich zu unseren Ungunsten. Der Wähleranteil halbierte sich beinahe und beträgt nur noch 1,5%. Mit 3,2% (inklusive Listenverbindungen) verfehlten die SD das Restmandat um 0,15%. Die Resultate der Berner Agglomeration und Langenthal müssen einem zu denken geben. Lediglich Ständeratskandidat Adrian Wyss erzielte ein für seine Möglichkeiten gutes Ergebnis und konnte mit den etablierten Nationalräten Walter Donzé (EVP) und Christian Waber (EDU) mithalten. Dass er mit der Entscheidung um einen Sitz in der kleinen Kammer nichts zu tun hatte, war schon bei der Nominierung klar.

In den ebenfalls aussichtsreichen Kantonen Zürich und Aargau sackte man gesamthaft unter die 1%-Marke ein. Auch sonst gab es nichts zu feiern. Trotzdem hatte die Partei eine verhältnismässig gute Medienpräsenz und auch sonst positive Akzente gesetzt. Sie wurde gemäss einer Umfrage als konsumentenfreundlichste Kraft der Schweiz bezeichnet und konnte mit ihrem Plädoyer zur Erhaltung der «Lex Koller» in den Medien häufig punkten. Zusätzlich trug man die bereits laufende Initiative zur Erhaltung der Meinungsfreiheit in der Tasche. Dennoch wanderten die Stimmen im Überfluss zur SVP.

Die Politlandschaft der nächsten vier Jahre

Betrachtet man die «politische» Schweiz nach den Wahlen, hat sich jedoch nicht allzu viel verändert. Die Blöcke im Nationalrat blieben etwa gleich stark, wovon die SP ihre Sitze an die Grünen verlor. Die FDP ihrerseits musste fünf Mandate innerhalb des bürgerlichen Lagers abgeben und die CVP konnte leicht zulegen. Die SVP hat sich seit den Wahlen 2003 nochmals steigern können und verfügt jetzt über rekordverdächtige 62 Sitze. Das Parlament lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt in drei Teile aufteilen: In einen rot-grünen Block (SP, Grüne und Diverse), einen Mitte-Block (vor allem die CVP, die EVP, die GLP und teilweise die FDP) und einen rechten Bürgerblock (SVP und teilweise die FDP). Woher die erneuten Sitzgewinne der SVP kommen, ist indes rasch erklärt. Am 6. Oktober 2007 fanden bekanntlich die berüchtigten gewaltsamen Ausschreitungen im Rahmen der gross angelegten SVP-Kundgebung statt. In den darauffolgenden zwei Wochen stiegen die Wähleranteile nochmals exorbitant an, sodass die Schweizer Demokraten die Mindestlimite zum Wiedereintritt in den Nationalrat verpassten. Die Regierungsparteien, inklusive die Grünen, beschränkten sich im Wahlkampf auf die notorischen Sticheleien und Verunglimpfungen der SVP, womit diese ihre Trümpfe noch gezielter ausspielen konnte. Ob bei den Bundesratswahlen vom 12. Dezember 2007 Veränderungen zu erwarten sind, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Eher unwahrscheinlich ist der Einzug der Grünen. Vielmehr spürt diese Partei eine unberechenbare Konkurrenz in Form der neu gegründeten Grünliberalen Partei (GLP) sowie gewissen fraktionsinternen Abweichlern, von denen einige in absehbarer Zukunft zu Störenfriedern mutieren könnten. Auch andere Kleinparteien wie die EVP und die EDU mussten Federn lassen und können zusammen keine Fraktion mehr bilden. Die SD selbst haben jetzt vier Jahre Zeit zum Aufbau und bereiten sich auf die wichtigen Fragen der nahen Zukunft vor.

Die SD der nächsten vier Jahre

Die Volksinitiative zur Erhaltung der Meinungsfreiheit wurde im vergangenen August lanciert. Die Parteiführung und ihre Basis sind dabei, mit voller Motivation auch



Die Randalie vom 6. Oktober 2007 in Bern trieben massenhaft Wechselwähler in die Arme der SVP.

weiterhin auf eidgenössischer Ebene präsent zu sein. Zum einen müssen wir uns gegenüber der Konkurrenz differenzieren können, und zum anderen ist Flexibilität und flinkes Handeln von grösster Bedeutung. Die Ankündigung eines allfälligen Referendums zum Erhalt der «Lex Koller» ist der Beweis für diese wichtigen Eigenschaften einer kleinen aber schlagkräftigen Opposition. Des Weiteren wird die Personenfreizügigkeit auf die neuen Mitgliedstaaten Rumäni-

en und Bulgarien ausgeweitet. Nur die SD ist im Begriff, Lohndumping und Schwarzarbeit mit voller Härte zu bekämpfen. Wir verfolgen bestimmte Reformen mit einem wachsamen Auge. Politische Rechte für Ausländer, automatische Einbürgerungen und die Kürzung von Sozialgeldern jeglicher Art, sind für die Schweizer Demokraten keine akzeptablen Lösungen. Mit uns ist zu rechnen! Sei es bei der Beschränkung der Einwanderung, bei der Förderung erneuerbarer Energiequellen statt neuer Atomkraftwerke oder bei der Einführung einer CO₂-Abgabe. Zudem werden wir vermehrt auf kantonaler und kommunaler Ebene aktiv sein. Bei den Berner Grossratswahlen 2006 konnte die SD um 0,6% zulegen. Orientieren wir uns an diesem Wert! Avancez et gagnez! Geht hin und siegt! *E la nave va!

**ital.: Und das Schiff fährt (Titel eines Films von Federico Fellini)*

Neu!

SD-Marktplatz

Hiermit steht unseren Leserinnen und Lesern ein besonderes Angebot zur Verfügung. Suchen Sie etwas? (ein Handörgel oder eine/n Freund/in). Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text muss kurz und aussagekräftig sein! Diese Kleininserate erscheinen maximal zweimal im «Schweizer Demokrat» und sind für die SD-Familie gratis. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktauf-

nahme die Telefonnummer des/der Auftraggeber/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch erlaubt (z.B. Postadresse, E-Mail).

Bei ganz persönlichen Dingen ist ein Chiffre-Inserat von Vorteil. In diesem Fall bitte Ihrer Briefsendung an uns Fr. 10.– (Note) beilegen. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

**Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 1531, 4001 Basel
Tel. 061 262 03 04
Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch**

Wer sucht, der findet!

STELLENSUCHE:

Gelernter, berufserfahrener Schlosser, 51, sucht neues Wirkungsfeld in Basel oder Umgebung. Auch als Monteur angenehm.

Telefon 079 446 83 45

Gelernter Automonteur, 27, Basel, sucht **Stelle als Betriebsmitarbeiter, Chauffeur o.ä.** in der Region NWS. Auch Schichtbetrieb angenehm.

Tel. 079 335 58 50

ZU VERKAUFEN:

PKW, Toyota, Mod. Starlet 1300, Limousine, weiss, Automat, 1991, 130 000 km, 5-Plätzer, 3-türig, unfallfrei, sehr guter Zustand, z. Z. in Einstellhalle in Basel, Preis Fr. 1700.–.

Telefon 061 272 96 02

Hörgerätebatterien, Typ power one, Zink-Luft, 6-er Päckli, beste Qualität, alle Grössen lieferbar, Fr. 12.– pro Päckli, portofrei, **Tel. 061 262 03 04 oder E-Mail: bieler@hoerhilfeborner.ch**

Appell gegen die Blauäugigkeit!

In diesen Tagen traf ich einen alten Studienkollegen. Zu meiner Überraschung erklärte er mir, dass er alle meine Artikel sehr interessiert lese. Es missfalle ihm einzig mein negativer Grundton gegenüber den Amerikanern, denen wir doch soviel zu verdanken hätten.

Meine Aussage: Ich weiss sehr wohl, dass es im 300 Millionen Volk der USA auch viele gute, ehrenwerte Leute hat. Ich bin keineswegs gegen die Amerikaner kritisch eingestellt. Aber – dieses Volk lässt sich seit Jahrzehnten von machtbesessenen Kreisen führen, die mit Heuchelei, Lug und Trug sowie rücksichtslosem Einsatz ihrer Geheimdienste und der militärischen Macht unendlich viel Leid und Elend auf dieser Welt verschulden.

Seine Entgegnung: Gut ja, die gegenwärtige Bush-Regierung agiert unglücklich; aber wir haben der amerikanischen Politik viel zu verdanken. Und vor allem – das Volk ist an den Kriegsverbrechen der letzten Jahre unschuldig.

Meine Antwort: Ja, dieses Volk wird verführt – aber es lässt sich auch verführen. Und schliesslich gilt immer noch das Wort: **«Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient!»**



Besonders bei den Angehörigen der Soldaten regt sich grosser Widerstand gegen weitere Kriege.

Da ich mich sehr erregte, brachen wir die Diskussion an dieser Stelle schon ab. Mit Hilfe einiger Schlaglichter (Zitate) möchte ich meiner Leserschaft begreiflich machen, wieso ich mit «Magenweh» reagiere, wenn die Politik der USA gerühmt, die Verbrechen auf den wirtschaftlichen und militärischen



In der Anfangszeit der heutigen Weltpolizei USA herrschte eine allgemeine Gesetzlosigkeit, wo jeder jeden niederschliessen konnte.

Schlachtfeldern entschuldigt werden.

Zuerst vier belegte Zitate:

– **In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es genau so geplant war.**

(Franklin Delano Roosevelt, 32. Präsident der USA)

– **Das hohe Amt des Präsidenten wurde dazu benutzt, ein Komplott gegen das amerikanische Volk zu schmieden. Ehe ich das Amt verlasse, muss ich die Bürger über die missliche Lage in Kenntnis setzen.**

(John F. Kennedy in einem Vortrag an der Columbia University – 10 Tage später wurde er ermordet!)

– **Wir stehen am Rande einer weltweiten Umbildung. Alles, was wir brauchen ist die richtige, allumfassende Krise, und die Nationen werden in die «Neue Weltordnung» einwilligen.**

(David Rockefeller – Juni 1991 an der «Bilderberger» Konferenz in Baden-Baden).

– **Wenn das Volk je erfahren würde, was wir getan haben, würden wir die Strasse hinuntergejagt und gelyncht werden.**

(George Bush sen. 1992 zu Sarah McClendon, Reporterin im Weissen Haus).

Über die gegenwärtigen Entwicklungen in der Weltpolitik sind zahlreiche Bücher und Studien publiziert worden. Unter dem Titel **«Global Brutal»**, Untertitel **«Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg»** hat Michel Chossudovsky, Prof. an der Universität Ottawa eine Analyse vorgelegt, die jeder

politisch Interessierte zur Kenntnis nehmen muss.

Aus diesem Buch hier drei Zitationen:

– Statt nach den geschichtlichen Gründen des Krieges zu suchen, beschränkt man sich auf blosser Parolen, wie den **«Kampf gegen das Böse»** und die **«Jagd auf Osama bin Laden»**. Solche Verkürzungen und Entstellungen sind Teil einer sorgfältig geplanten Propagandakampagne. Die Ideologie der «Schurkenstaaten», die das Pentagon bereits während des Golfkrieges 1991 entwickelte, dient als Rechtfertigung, um aus «humanitären Gründen» Krieg gegen Länder zu führen, die sich nicht der Neuen Weltordnung und den Grundannahmen des Systems «freier» Märkte fügen.

Seit dem Amtsantritt von George W. Bush haben Militär und Ge-

heimdienste in enger Abstimmung mit der Wall Street erkennbar die Zügel der Aussenpolitik übernommen. Da die Entscheidungen hinter den verschlossenen Türen der CIA und des Pentagons fallen, verkommen die zivilen politischen Institutionen der USA, einschliesslich des Kongresses, immer mehr zur Fassade. Während in den Augen der Öffentlichkeit weiter die Illusion einer funktionierenden Demokratie vorherrscht, ist der US-Präsident zu einer blossen Kühlefigur geworden.

Und

– Unter der Neuen Weltordnung bestimmen die Militärplaner des Aussenministeriums, des Pentagons und der CIA die Aussenpolitik der USA. Sie unterhalten auch Kontakte zu Vertretern des IWF, der Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO).





Die USA gehen als Siegermacht aus dem Zweiten Weltkrieg hervor.

Die internationale Finanzbürokratie in Washington wiederum, verantwortlich für die mörderischen Wirtschaftsreformen, die sie der Dritten Welt und den meisten Ländern des ehemaligen Ostblocks aufzwingt, pflegt enge Beziehungen zum Finanzestablishment der Wall Street.

Die Mächte hinter diesem System sind die globalen Banken und Finanzorganisationen, der militärisch-industrielle Komplex, die Öl- und Energiegiganten, die Biotech-Konzerne sowie mächtige Medien und Kommunikationsunternehmen mit ihren gefälschten Nachrichten und offenkundigen Verzerrungen der Weltereignisse.

Und weiter

– Der Kampf gegen den Terrorismus wird als Legitimationsgrundlage benutzt, um das Rechtssystem zu untergraben und den Rechtsstaat zu zerstören.

– Dabei sollen die neuen Gesetze die Bürger gar nicht in erster Linie vor dem Terrorismus schützen, sondern vor allem das System des freien Marktes absichern. In Wirklichkeit geht es darum, die Bürgerrechte zu unterminieren und nicht zuletzt die Entwicklung einer

schlagkräftigen Protestbewegung gegen den Krieg und auch gegen die Globalisierung von vorneherein zu unterbinden.

Zusammenfassend schreibt Chosudovsky:

– Hinter der US-Kampagne gegen den internationalen Terrorismus steht die Militarisierung grosser Weltregionen, die zu dem führt, was man am besten als **«Amerikanisches Imperium»** beschreiben kann. Das verschwiegene Ziel dieses Krieges ist die Rekolonialisierung nicht nur Chinas und der Länder des ehemaligen Ostblocks, sondern auch des Irans, des Iraks und des indischen Subkontinents – eine Rekolonialisierung, bei der es darum geht, **zugunsten eines grenzenlos globalisierten Markt-systems souveräne Staaten in offene Territorien zu verwandeln. Und zur Erzwingung mörderischer Markt-reformen sind dann eben auch militärische Mittel nicht ausgeschlossen. Krieg und Globalisierung gehen Hand in Hand.**

Dieser Krieg, dessen Ziele 1999 in der Seidenstrassenstrategie definiert wurden, zerstört eine ganze Weltregion, einst Wiege alter Zivi-

lisationen, die Westeuropa mit dem Fernen Osten verbanden. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den «Terrorismus» oder gegen «das Böse», machen sich die USA faktisch die islamistische Opposition in der ehemaligen Sowjetunion, im Nahen Osten, in China und Indien zunutze, um diese Länder zu destabilisieren. **So zerstören Krieg und der so genannte freie Markt die Zivilisation und stürzen Gesellschaften überall auf der Welt in bitterste Armut.**

Welche Rolle spielt in diesem Drama das amerikanische Volk?

Als verschlüsselte Antwort diene eine Aussage der Fotografin Nina Berman, die soeben im Sonntags-Blick Magazin veröffentlicht wurde. Sie besuchte, fotografierte und befragte amerikanische Kriegsversehrte. Auf die Frage, welches die erstaunlichste Erfahrung mit den Verehrten gewesen sei, antwortete sie (Zitat):

«Dass die meisten Opfer wieder zurück in den Krieg wollen. Sie erwarteten von diesem Krieg etwas unerhört Grossartiges, Wunderbares: das bessere Leben. Amerikaner wollen Helden sein. Sie werden dazu erzogen zu glauben, dass ihr Land das tollste dieser Erde sei. Sie sind mit der Botschaft gross geworden, dass Krieg gute Dinge gebiert, dass das Militär die Antwort auf die wichtigen Fragen des Lebens kennt.

Ich habe diese Menschen immer wieder gefragt, was sie sich denn

gedacht hätten, als sie eingezogen wurden. Sie haben mir oft geantwortet:

– Wir dachten, dass wir dort eine Menge Spass haben würden! –



Amerika, höre auf die Signale...

Kein Gedanke also wurde verschwendet an das menschliche Leid, das Elend und die unermesslichen materiellen Schäden, die den betroffenen Völkern durch die amerikanische Armee zugefügt werden.

Noch weniger wird offenbar nachgedacht über die Heuchelei ihrer Regierung, die von Freiheit und Demokratie, von «nation building» und Rechtsstaatlichkeit spricht und dabei vor Unterjochung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, vor Missachtung internationaler Rechts-Grundsätze und Verletzung aller moralisch-ethischen Normen nicht zurückschreckt.

Ich, Hans Spitz, bin zu erfahren und zu alt, um mich von leeren Worthülsen der Mächtigen dieser Erde noch täuschen zu lassen. Und Sie?

Hans Spitz, Köniz

US-Islamexperte:

Europäer haben vor dem Islam kapituliert

Prof. Bernard Lewis: Muslime stehen kurz vor der Übernahme Europas

Die Europäer haben nach Ansicht des US-amerikanischen Islamexperten und Historikers Prof. Bernard Lewis den Kampf gegen eine Islamisierung aufgegeben. Sie hätten in jedem Bereich vor dem Islam kapituliert, in einer Art der Selbsterniedrigung, politischen Korrektheit und des Multi-Kulturalismus. «Die Muslime scheinen kurz vor der Übernahme Europas zu stehen, sagte der emeritierte Professor für die Geschichte des Nahen Ostens gegenüber der Tageszeitung «Jerusalem Post». Lewis lehrte bis 1986 in Princeton (US-Bundesstaat New Jersey).

Nach seinen Worten verlieren die Europäer ihr Selbstbewusstsein: «Sie haben keinen Respekt vor ihrer eigenen Kultur.» Zur atomaren Bedrohung durch den Iran sagte der Historiker, die Abschreckungsdoktrin des Kalten Krieges funktioniere nicht gegenüber dem iranischen Präsidenten Mahmud Achmadinedschad: «Für ihn ist eine beidseitig garantierte Zerstörung keine Abschreckung, sondern eher ein Anreiz. Wir wissen bereits, dass den regierenden Ajatollahs die massenweise Tötung ihrer eigenen Leute völlig egal ist... Wenn sie viele ihrer eigenen Leute töten, geben sie ihnen eine schnelle und kostenlose Eintrittskarte in den Himmel.»

Offener Brief an Nationalrat Martin Bäumle, Präsident der «Grünliberalen»

Sehr geehrter Herr Kollega,
grundsätzlich hat es mich gefreut, dass Ihre grünliberale Partei einen bedeutenden Wahlerfolg verbuchen konnte. Dies, weil es jetzt gerade 40 Jahre her sind, seit ich mich als bürgerlich denkender Mensch für eine konsequente, ökologisch ausgerichtete Politik einsetze.

Ihre kühne Behauptung, Ihre «grünliberale Partei» sei etwas ganz Neues, Erstmalgiges, Einmaliges verlangt jedoch nach einer Entgegnung.

Im ersten Jahr meiner Zugehörigkeit zum Nationalrat 1972 spotteten die Bundeshausjournalisten schon bald, man dürfe jetzt nicht mehr von Ökologie sprechen; das Ding heisse jetzt Öhologie!



*Martin Bäumle Sie irren!
Die NA war die erste bürgerlich-ökologische Partei der Schweiz.*

Aber schön der Reihe nach:
Ich war Ende 1970 der Nationalen Aktion beigetreten, da die 1961 gegründete NA von Anbeginn starke «grüne» Elemente in ihrem Positionspapier hatte. Im Jahre 1971 mit dem Einzug von 4 Nationalräten ins Parlament stützten wir uns auf ein «Politisches Programm», das mit über 90 Forderungen eine klar grünliberale Struktur aufwies. Dieses Programm wurde in den vergangenen 35 Jahren immer wieder aktualisiert und bildete auch 2007 das «politische Glaubensbekenntnis» der Schweizer Demokraten.

Als ich 1986 aus Fraktion und Partei austrat, weil mir die zu starke Fokussierung auf das Asylantenproblem (insbesondere durch Markus Ruf) unerträglich geworden war, gründete ich die «Ökologisch

Freiheitliche Partei», deren Programm ich Ihnen zum Studium empfehle. Der Misserfolg in den Wahlen 1987 führte zur Auflösung dieser **ersten, explizite «Grünliberalen Partei» der Schweiz.**

Die Borniertheit der Vertreter der Grünen Partei Schweiz – damals angeführt durch einen gewissen Herrn B. Pulver als Generalsekretär – führten zu meinem «Politischen Aus» im Jahre 1991, als diese die «Verdi Ticinesi» mit dem Ausschluss aus der Gesamtpartei bedrohten, sollte V. Oehen auf ihrer Wahlliste erscheinen.

Mein persönlicher Freund Dr. Herbert Gruhl, der umweltpolitische Sprecher der CDU hatte Mitte der 70er-Jahre in Deutschland die «Grüne Aktion Zukunft» gegründet. Diese wurde bald durch linke Chaoten, Schwule und Lesben unterwandert (besser überrollt!), was ihn zum Austritt aus der Partei der Grünen veranlasste und zur Gründung der «Ökologisch demokratischen Partei» führte. Auch diese bürgerlich grüne Partei musste nach einigen Jahren dem Druck von links und rechts weichen.

Während einiger Jahre, Ende der 70er-Jahre, arbeiteten wir auf internationaler Ebene im «Europäischen Arbeitskreis für ökologische Politik». Dieser setzte sich aus je 5 Wissenschaftler und 5 Politiker aus jedem beteiligten Land zusammen. Die Gründer waren
Dr. H. Gruhl für Deutschland
G. Styx für Österreich
V. Oehen für die Schweiz.

Diese «grünliberale» Formation kapitulierte nach einigen Jahren, weil ihre Arbeit von den Massenmedien praktisch totgeschwiegen und von den Regierungen nicht ernst genommen wurde.

Vielleicht sollten Sie sich auch Rechenschaft geben, dass die Gründer der Zürcher Grünen 1975 an der Kaderausbildung bei der Nationalen Aktion teilnahmen und dann eine «Grüne Liste» mit dem erklärten Ziel für die Kantonsratswahlen einreichten, der NA (die damals zehn Kantonsräte zählte) zu schaden. Dies gelang ihnen denn auch!

Aus diesem kurzen geschichtlichen Abriss über grünliberale Bewegungen in der Schweiz mögen sie erkennen, dass Sie keinesfalls



Die Grünliberalen «profitieren» von der Klimadebatte. Bild: Fischsterben 2003, zu warmes Wasser.

das «Erstgeburtsrecht» für Ihre neue, grünliberale Partei in Anspruch nehmen dürfen.

Drei Zitate aus Programmen der Nationalen Aktion (heute SD) mögen Ihnen zeigen, wo die Wurzeln der Grünliberalen zu finden sind.

1.) In der Grundsatz-Erklärung, die am 27. März 1971 von der Delegiertenversammlung der NA einstimmig gutgeheissen wurde, heisst es:

Die weltweite, unkontrollierte Bevölkerungsexplosion geht unablässig weiter; gleichzeitig wird die Biosphäre durch die menschliche Zivilisation täglich mehr belastet.

Ökologische Katastrophen mondiales Ausmasses sind in absehbarer Zeit zu erwarten. Durch die heutige Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik wird die Lage für das Schweizervolk zunehmend gefährlicher.

Die Nationale Aktion für Volk und Heimat erachtet es als ihre Aufgabe und Pflicht, für eine Änderung der allgemeinen Politik in dem Sinne zu kämpfen, dass unser Volk in seinem eng begrenzten Lebensraum den zu erwartenden Krisen biologischer Natur vorbeitet gegenüber treten kann.

Das Wirtschaftsprogramm «**Die nationale Marktwirtschaft**» wurde am 22. Oktober 1977 an einer a. o. Delegiertenversammlung mit 102 Stimmen ohne Gegenstimmen genehmigt. Aus diesem Programm

stammen die folgenden zwei Zitate:

2.) **Die Nationale Marktwirtschaft strebt die Stabilisierung des Rohstoff- und Energieverbrauches und die Eindämmung der Umweltbelastung durch Schadstoffe und Abfall an. Die entsprechenden Massnahmen sind zu unterstützen durch eine Gesellschaftspolitik, welche die bestehende Industrie- und Konsumgesellschaft mit ihrer materiellen Verschwendungssucht umwandelt in eine nationale Dienst-, Leistungs- und Kulturgemeinschaft, die immaterielle Güter höher einschätzt.**

Und

3.) **Ein übersteigter materieller Lebensstandard ohne eigene Rohstoffe bedeutet eine Bedrohung der nationalen Freiheit. Nicht die weitere Erhöhung des materiellen Lebensstandards muss demnach das erste Ziel schweizerischer Wirtschaftspolitik sein, sondern der bewusste Abbau des Verbrauches an Rohstoffen und Fremdenergie.**

Durch die Entwicklung neuer Energiegewinnungsverfahren aus dem eigenen Territorium (z. B. Sonne, Erdwärme, Biogas) ist die Energieproduktion bei gleichzeitiger Stabilisierung zu diversifizieren.

Zur Sicherung unserer nationalen Freiheit brauchen wir eine starke nationale Wirtschaft. Wir wechseln eine starke Wirtschaft allerdings nicht mit einer möglichst grossen Wirtschaft. Die Gesamtgrösse des Wirtschaftskörpers ist der einheimischen Bevölkerungsbasis anzupassen und nicht umgekehrt.

Schlussfolgerung: Es ist bedauerlich, ja dramatisch, dass die politischen Erklärungen und Absichten unserer Partei wie sie vor 30 Jahren gemacht wurden – erst heute durch andere Kreise wieder aufgenommen werden. Viel Zeit ist verloren gegangen – viele Entwicklungen sind falsch gelaufen. Uns bleibt ein Trost: Die Geschichte gibt uns recht!

Ihnen aber wünsche ich – im Interesse der Sache – viel Erfolg mit diesem neuen Anlauf, der mehrheitlich bürgerlich denkenden Schweiz das grüne Gedankengut näher zu bringen.

Valentin J. Oehen, e. Nationalrat

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen!



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat

Es gibt nichts zu deuteln! Die Wahlen sind für unsere Partei einmal mehr höchst unerfreulich verlaufen. Es ist deshalb angemessen, sich Überlegungen zu machen, was man anders – besser machen müsste, um mehr Wähler zu gewinnen. Ohne Vertreter in den Parlamenten nützen die weitestgehendsten Analysen und Programme zur Lösung der gesellschaftlichen und ökologischen Probleme nicht viel.

Meines Erachtens sind Aktionsfelder, die wir sofort beeinflussen können und Rahmenbedingungen, die wir mittelfristig anders gestalten müssen, zu unterscheiden. Betrachten wir die Letzteren zuerst:

1.) Die SVP hat einen Teil unserer zentralen Anliegen usurpiert und setzt diese erfolgreich zum Stimmengewinn ein. Statt uns darüber zu ärgern, sollten wir die entsprechenden Aktionen der Mehrheitspartei kräftig unterstützen. Dabei liesse sich immer wieder auf die programmatischen Defizite der SVP aufmerksam machen:

- Wenn z.B. zu Recht für eine harte Haltung gegen kriminelle Ausländer votiert wird und gleichzeitig die Ghettoisierung der Schweiz durch die unverantwortlich starke Masseneinwanderung im Interesse der Wachstumswirtschaft zugelassen wird.
- Oder wenn der Mittelstand im Interesse des vertretbaren Steuerwettbewerbwerbes der Kantone ruiniert wird.
- Oder wenn von den bürgerlichen Wirtschaftsparteien ungerührt der Konzentrationsprozess der Vermögen in den Händen weniger Superreicher toleriert wird.
- Oder wenn die schweizerischen Grossbanken als Global-Player gehätschelt werden und damit die Existenz des Kleinstaates gefährden.
- Oder wenn fast widerstandslos die Neutralität durch die Militärköpfe des Departements Schmid ausgehebelt wird, indem der Hegemonialmacht USA zugehört und gleichzeitig mit der Pflege der Volkskultur ein Potemkin-

sches Dorf schweizerischer Unabhängigkeit vorgegaukelt wird.

2.) Die Massenmedien tun wenig bis nichts, um die Anliegen einer kleinen Partei ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Also ist es notwendig, immer wieder durch gezielte Aktionen punktuell auf unsere Anliegen aufmerksam zu machen. Dabei ist es falsch, auf wilde Angriffe in den Systemmassenmedien sofort zu kuschen. (Beispiel: Adrian Wyss!) Solche Angriffe sind vielmehr zu nutzen, um uns in Szene zu setzen. Das «bravsein» ist offensichtlich kein Erfolgsrezept. Vielleicht sollten wir uns erinnern, mit welchen Provokationen seinerzeit die «Béliers» kämpften und schliesslich einen eigenen Kanton eroberten.

3.) Die Wahrnehmung oder besser Nicht-Wahrnehmung unserer Partei durch die Öffentlichkeit hängt m.E. auch mit dem «braven Namen» zusammen, den wir uns vor 15 Jahren zugelegt haben. Offensichtlich sprechen wir damit weder die Emotionen an, noch bewegen wir viel. Unsere Führungsgremien müssen dringend in die Klausur gehen und nach einem besseren Namen suchen, der unsere Anliegen wirklich zum Ausdruck bringt. Wie wäre es, wieder zu den Wurzeln zurückzugehen, d.h. zum Namen

- «**Nationale Aktion für Volk und Heimat**» – NA oder vielleicht
- «**Nationale Fortschrittspartei**» – NFP oder etwa
- «**Schweizerische Partei des Aufbruchs**» – SPA

Mit allen diesen Namen würde dem Inhalt der Grundsatz-Erklärung vom 27. März 1971 und wesentlichen Aussagen des Wirtschaftsprogramms «Die Nationale Marktwirtschaft» vom 22. Oktober 1977 besser gerecht als der heutige Name. Aus dem zweitgenannten Programm seien zwei Stellen zitiert, die auch heute von grösster Aktualität sind.

«Die Nationale Marktwirtschaft strebt die Stabilisierung des Rohstoff- und Energieverbrauches und die Eindämmung der Umweltbelastung durch Schadstoffe und Abfall an. Die entsprechenden Massnahmen sind zu unterstützen durch eine Gesellschaftspolitik, welche die bestehende Industrie- und Konsumgesellschaft mit ihrer materiellen Verschwendungssucht umwandelt in eine nationale Dienst-, Leistungs- und Kulturgemeinschaft, die immaterielle Güter höher einschätzt.»

Und an anderer Stelle:



Der nächste Wahlkampf hat begonnen!

«Zur Sicherung unserer nationalen Freiheit brauchen wir eine starke nationale Wirtschaft. Wir verwechseln eine starke Wirtschaft allerdings nicht mit einer möglichst grossen Wirtschaft. Die Gesamtgrösse des Wirtschaftskörpers ist der einheimischen Bevölkerungsbasis anzupassen und nicht umgekehrt.»

Und nun zu den Themen, die wir sofort wieder profilierter bearbeiten sollten:

1.) **Der Kampf gegen Atomkraftwerke** war in den 70er-Jahren ein zentrales Anliegen der Nationalen Aktion. Insbesondere die SVP macht sich – zusammen mit der FDP – jetzt wieder stark für den Bau neuer Werke.

Die Argumente dagegen sind unverändert zwingend und wirksam. Weder ist das Abfallproblem gelöst (– da es unlösbar ist!), noch ist die Gefährdung des ganzen Volkes wegen der Unvollkommenheit von Mensch und Technik kleiner geworden. Die Lügen wegen der günstigen CO₂-Bilanz ist konsequent zu entlarven.

2.) **Die Verschleuderung der Goldreserven** durch die Nationalbank ist dringend zu thematisieren.

Während in der Fachpresse von der durch die USA ausgelösten Finanzkrise gewarnt wird und Milliardäre wie Warren Buffet und George Soros offensichtlich den Zusammenbruch des Dollar-Systems erwarten, baut unsere Nationalbank den Bestand an bald wertlosen US-Schatzanweisungen aus. (In diesem Zusammenhang ist auf den Monatskommentar vom Oktober 2007 – Seite 3 zu verweisen.)

3.) **Der Aberglaube an das materielle Dauerwachstum** ist kontinuierlich anzuprangern. Es ist eine Frage der Vernunft und der Einsicht, um zu begreifen, dass jedes Dauerwachstum in einem be-

schränkten Raum in einen Zusammenbruch führen muss.

4.) **Die Krankheitsindustrie mit ihren Vergehen gegen Treu und Glauben** muss ins Visier des politischen Kampfes genommen werden. Denken wir an die unsinnigen Impfkampagnen, die hochgezüchtete Angst vor Viren, die es noch gar nicht gibt, die als «wissenschaftlich» firmierten Dogmen der Humanmedizin, mit deren Hilfe missliebige Konkurrenten im Gesundheitswesen ausgeschaltet werden usw. usf.

Das Schwarzpeter-Spiel im Zusammenhang mit den kontinuierlich steigenden Krankenkassenprämien ist entschieden zu bekämpfen.

Schlussbemerkung: Wir sollten in unserer politischen Arbeit die strategische und die taktische Ebene klar auseinanderhalten.

Für die strategische Arbeit benötigen wir erfahrende Politiker, Berufsleute und Wissenschaftler. Sie können im Hintergrund arbeiten, aber müssen ihr Wissen laufend einbringen, damit unsere Vertreter fundierte Arbeit im Schaufenster der Tagespolitik leisten können.

Die jungen begeisterungsfähigen Leute sind für taktische Aktionen einzusetzen mit dem Ziel, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf unsere Arbeit zu lenken. (Die Aktionen von Greenpeace könnten hier Vorbildcharakter haben.)

Die oben formulierten Denkanstösse verstehe ich als Alternative zur Kapitulation im politischen Kampf um die Zukunft der Schweiz. **Der nächste Wahlkampf hat begonnen!**

Vor den Wahlen vom 21. Oktober 2007 las man in Grösstinserraten:

**«Blocher stärken – SVP wählen»
«SVP: Ordnung in der Asyl- und Ausländerpolitik»**

Und viele dachten, die tun etwas gegen die Einwanderung, was aber nicht stimmt! Die SVP hat sich noch nie für den Ausländerabbau eingesetzt! Nach den Wahlen las man am Donnerstag, 25. Oktober 2007 in grossen Lettern: «Blocher relativiert das Ausländerproblem» – Zitat Christoph Blocher: «Die Schweiz hat ein geringes Problem mit Ausländern.» So wurden die Wählerinnen und Wähler, welche meinten, die SVP unternehme etwas gegen die Einwanderung, hintergangen und betrogen! So betreibt die SVP Stimmenfang.

Väterchen Staat und seine Mündelbauern

Weil der Ständerat beim Bodenrecht dem Bundesrat nicht gefolgt ist, bezeichnet die NZZ die AP 2011 als «Etikettenschwindel». Weiter beklagt die NZZ, dass den Bauern weiterhin selbstverantwortliches Handeln nicht erlaubt und die Landwirtschaft sich im Bodenrecht staatlich bevormunden lasse. Streitpunkt ist die Beschränkung der hypothekarischen Belastung landwirtschaftlicher Grundstücke und Liegenschaften, welche der Ständerat entgegen dem Vorschlag des Bundesrates nicht aufgehoben hat.

Bei der geltenden öffentlich-rechtlichen Belehnungsgrenze geht es vor allem darum, den landwirtschaftlichen Boden nur so stark zu belasten, wie die Landwirtschaft bei wirtschaftlicher Betriebsführung verzinsen und amortisieren kann. Wird diese Grenze missachtet, gerät der Betrieb unweigerlich in die Schuldenfalle und letztendlich – da die notwendigen Mittel nicht aus der Landwirtschaft erwirtschaftet werden können – in die Hände des Gläubiger. Die auch von der NZZ vertretene Auffassung, es liege allein an der Verantwortung und Mündigkeit des Bauern, sich nicht zu überschulden, verkennt die Realität der Märkte. Erstens einmal haben wir innerhalb der Landwirtschaftzone einen landwirtschaftlichen Bodenmarkt, dem preislich harte Grenzen gesetzt sind durch die landwirtschaftliche Ertragssituation bei zunehmender Importkonkurrenz, sich öffnende Grenzen, etc. immer kostengünstiger produzieren zu müssen. Diesem Bodenmarkt der



In grossen Teilen der Welt wurde die Landwirtschaft ihrer kleinststrukturierten Organisationsform beraubt.

Produktionsmittel überlagert sich nun ein zweiter Liegenschaftensmarkt, der durch die Nachfrage nichtlandwirtschaftlicher Kaufinteressen aus dem Baugebiet bestimmt ist. Nachgefragt werden schön gelegene landwirtschaftliche Heimwesen oder ganz einfach Landwirtschaftsbetriebe, die Platz und Umschwung bieten und folglich in einer preislichen Konkurrenz zu den begehrten, millionenteuren Wohnliegenschaften in der Bauzone stehen. Dieser Liegenschaftensmarkt, der sich an Wohnen und Freizeit orientiert, bleibt, wenn die Belehnungsgrenze aufgehoben wird, nicht auf die Bauzone beschränkt, sondern greift sofort in die Landwirtschaftszone aus. Damit steigen die Bodenpreise in der Landwirtschaftszone weit über das Mass hinaus, das aus der landwirtschaftlichen Ertragssituation überhaupt tragbar ist. Und damit

kommt der ersterwähnte landwirtschaftliche Grundstücksmarkt, der allein durch Käufer bestimmt ist, welche den Boden zu Produktionszwecken kaufen, zum Erliegen. Da die Bauernbetriebe bei jeder

Hofübergabe immer wieder neu vor dem Problem stehen, den Betrieb zum Ertragswert an den Nachfolger zu übergeben oder zum mehr-zigfachen Verkehrswert den Erben zu überlassen, war die Errichtung eines öffentlich-rechtlichen Schutzes unerlässlich, wenn wir eine eigene Landwirtschaft wollen. Das ist die Frage, an der sich die Geister scheiden. Zu schön wäre es ja gewesen, man hätte diese Frage durch eine kleine Änderung am Bodenrecht, die gemäss oben erwähnter Etikette allein im Interesse der Bauern hätte liegen sollen (und nicht der Wachstumswirtschaft), unbemerkt an der Öffentlichkeit vorbeischnuggeln können. Man kann nicht eine eigene Landwirtschaft wollen und gleichzeitig das bäuerliche Bodenrecht aufheben!

Hans Bieri, Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft SVIL



Kanton St. Gallen



Kinderfest für alle:

SD erfreut über Erfolg

Die SD-Initiative «Kinderfest für alle» ist kürzlich vom Stadtparlament gutgeheissen worden. Die Schweizer Demokraten (SD) zeigen sich erfreut darüber, dass dank ihrer Initiative auch behinderte Kinder, die in der Stadt zur Schule gehen, explizit ans Kinderfest eingeladen werden. «Sie sollen einen

fröhlichen, unbeschwerten Tag miterleben dürfen», schreibt Parteipräsident Roland Uhler.

Wohllollen werde den Anliegen der SD nicht oft entgegengebracht. Deshalb sei die Partei besonders erfreut über die Annahme ihres Vorstosses.

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



Bezirke Baden / Brugg / Zurzach:
Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen

Aargau West:

Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau

Fricktal:

Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rössli, Eiken



Sektion Reinach und Umgebung:
Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr im «Reinacherhof»



Stadt Bern:
Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern.

Sektion Köniz:

Jeden 1. Freitag im Monat im Restaurant Brunnenhof, Köniz

Sektion Berner Oberland:

Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg

Sektion Thun/Konolfingen:

Jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun



Innerschweiz:
Jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern



Sektion Wil und Umgebung:
Informationsabend jeden 2. Montag im Monat im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil

Sektion St. Gallen:

Mittwoch, 28. November: Stamm ab 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen, Bus Nr. 1
4. Dezember: Barbarafeier mit 3 Kanonenschüssen, 18.00 Uhr beim Waaghaus, St. Gallen



Sektion Hinwil:
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn)

www.schweizer-demokraten.ch



Anlässe für 2007 melden an:
sd-ds@bluewin.ch

Anzeige

+ Buchhaltungen
+ Steuererklärungen
+ Lohnabrechnungen
+ Schuldenberatung
+ Erbsachen

Soforthilfe, Beratung und Betreuung, ganze CH bei

Auf der Maur Friedrich

Tel. 044 946 00 51, Fax 044 946 00 52

Vielen Dank an FM für die grosszügige Unterstützung.

Geschäftsleitung SD

**Kanton Thurgau****Das Doppelgesicht des Islam!**

In Weinfelden begrüsst SD-Präsident Willy Schmidhauser eine stattliche Zuhörerschaft und die Sozialwissenschaftlerin Frau Dr. Hiltrud Schröter, Frankfurt, zum Informationsabend der Schweizer Demokraten zum aktuellen Thema: «Minarette und Frauenrechte». Schmidhauser betonte, gerade in diesen wichtigen Fragen darf nicht aus dem Bauche heraus argumentiert werden; Sachargumente seien entscheidend und sinnvoll. Diese Art Information werde oft dem Bürger vorenthalten.

Frau Dr. Hiltrud Schröter überzeugt, sie hat einen umfassenden Wissenskorb von Universitäten, Lehrämtern, Forschung, muslimischen Ländern, Migration und als Autorin. Ihre Sympathie für den Islam wich im Laufe der Jahre einer Desillusionierung und dem Willen, aufzuklären.

Unsere Gesetze sind für Mann und Frau (Gleichberechtigung)! Im Islam wird die Frau diskriminiert, sie hat viel weniger Rechte als der Mann, ist ein Mensch zweiter Klasse. Religionsfreiheit gibt es nicht, der Islam hat ein Doppelgesicht. Allah ruft zu Toleranz und Frieden auf, verspricht aber jenen, die mit Gewalt gegen Ungläubige kämpfen, das Paradies!

Der Islam trennt die Geschlechter,

verhüllt die Frau in der Öffentlichkeit! Heirat ist ein Vertragshandel zwischen Männern mit Rückgaberecht der gekauften Frau. Das Recht auf Scheidung hat der Mann, die Frau kann sich loskaufen. Die Kinder gehören dem Vater, er ist ihr Vormund. Die Mutter hat das Pflégerecht und auch fürs Stillen eine Bezahlung. Frauen, die nicht empfangen, können an ihre Familie zurückgegeben werden; Frauenaustausch ist legal und Sache der Männer.

Mit dem Brautpreis kauft der Mann das Fortpflanzungsorgan der Frau zum ausdrücklichen Zweck der Nutzniessung. Männer haben das Recht auf bis zu vier Frauen.

Dr. Schröter abschliessend: Moscheen sind politische Zentren. Islam und Demokratie sind unvereinbar. Gleichberechtigung ist eine absolute Illusion; der Mann ist der Herr – gottgewollt!

(Eine Berichterstattung von verschiedenen, hochkarätigen Vorträgen zum Islam wurde von «Tagblatt»- und «Thurgauer Zeitungs»-Redaktion abgelehnt... alles scheint «eingefädelt» aber nicht von den Politikern, vielmehr von den Medien!

** Wer Vorträge machen will, wende sich an Telefon 052 765 12 16 (Präsident SD Thurgau)*

Vorsicht: Thurgauer Regierung will ganz schnell ein oberfaules Gesetz durchdrücken

Dummdreistes Einbürgerungsgesetz!**Aargauer Rassismus gegen Flusskrebse?**

Eine Gefahr für die einheimischen Flusskrebse sind die «eingewanderten», amerikanischen Flusskrebse. Sie bedrohen die einheimischen Krebse und sie breiten sich langsam aber stetig aus und verdrängen die einheimischen Arten. Nun will sie der Aargau ausrotten und eliminieren – zum Schutze der einheimischen Arten, heisst es... Offenbar ist im Tierreich selbstverständlich, was bei den Menschen politisch total verdreht wird. Werden wir Schweizer nicht auch immer mehr bedroht und verdrängt – im sprichwörtlichen Sinne? Wer aber gleiche Grundsätze wie bei den Krebsen anwendet, wird als Rassist abgestempelt und diffamiert! Wo liegt denn der Unterschied in dieser Frage zwischen Mensch und Krebs?

«Volksrechte» mit «zwei Ellen»!

Soll die Strasse xy für z Millionen gebaut werden oder nicht? Das Volk muss entscheiden – Entscheidung sind definitiv! Niemandem fällt es ein, die Abstimmung vor Gericht zu bringen, nur weil er den Entscheid nicht akzeptieren kann. Nein- oder Ja-Stimmende haben auch gar nichts zu begründen. Es geht niemand etwas an, wie der Einzelne stimmt, das Resultat ist verbindlich! Das neue Einbürgerungsgesetz will uns alle nur noch als nickende Kasperlfigur, als Marionette der Einwanderungs- und Einbürgerungsindustrie. Wir haben gar keine Rechte mehr! Wir dürfen nicht mehr bestimmen, wer im Schweizerhaus aufgenommen werden soll! Einbürgerungs-Ablehnungen sollen anfechtbar sein; Juristen sollen dann entscheiden... Bürokratie erdrosselt das

Volksrecht – wozu denn überhaupt noch abstimmen?

Volksvertreter entmündigen eigenes Volk!

Unglaublich, wir haben Kantonsräte gewählt, damit sie das Volk und damit unsere Interessen vertreten. Doch die dümmliche, ja aufgebläse Arroganz dieser «Volksvertreter» mit RR Graf-Schelling an der Spitze, degradieren und entmündigen das Thurgauer Volk zu JAnickern; Neinsagen ist verboten und rassistisch... Das «dumme Volk» braucht auch keine Daten und Angaben zur Person des Einbürgerungskandidaten! Nicht einmal die Religion wird bekannt gegeben oder ob das alte Bürgerrecht abgelegt wird. Dabei wären gerade diese beiden Informationen von grösster Wichtigkeit! Das Einbürgerungsgesetz ist ein unglaubliches Ansinnen! Hoffentlich erhalten die Damen und Herren von SP, FDP, CVP, EVP, Grünen und Teilen der SVP bald die Quittung für ihr Tun gegen unser Volk!

Diese «Menschlichkeit» ist faul...

...und bedenklich ist, wenn «Volksvertreter» glauben, die Bürger würden diese Spielchen nicht durchschauen. Mit 74 Ja zu 39 Nein wurde das Machwerk durchgezogen. Sieben der acht Co-Präsidenten im Ja-Komitee sassen bereits in der vorbereitenden Kommission (aus CVP, FDP, EVP, SP und Grünen). Dank dem Behördenreferendum der leider gespaltenen SVP darf nun immerhin das Volk am 25. November 2007 an die Urnen. Grundsätzlich aber geht es um zwei Dinge:

– Einwanderung bringt Kohle, alles ist recht, wenn es nur Profit abwirft! Wachstum, immer mehr zubetonierte Natur, Umsätze und Milliarden ergeben täglich mehr Menschen, die immer dichter beisammen leben müssen. Die wachsenden Probleme werden unterdrückt und kleingeredet, unter den Tisch gekehrt, als rassistisch abgestempelt und deren Lösung grosszügig auf morgen oder übermorgen versprochen.

– Einwanderung, vor allem von nichtassimilierbaren Nationen und Religionen, macht unser Staatsgebilde langfristig kaputt, ein Zusammenleben ist kaum möglich. Es entstehen Staaten im Staate, wie dies in anderen Ländern rund um den Globus einsehbar ist. Völlerorts ist Bürgerkrieg, Mord und Totschlag zum Alltag geworden. Haben wir Bosnien und Albanien schon vergessen? Linke, Grüne und andere wollen diese multikulturelle Gesellschaft. Sie erhoffen so den EU-Anschluss, mehr Wähler

und die Preisgabe unseres neutralen und unabhängigen Landes – vor allem aber das Auseinanderfallen unseres heterogenen Landes.

Wir dürfen also am 25. November über unsere eigene Entmündigung abstimmen – wir Schweizer Demokraten werden alles tun, um dieses fragwürdige Gesetz zu bekämpfen!

PS. Das sollte jeder wissen:

– Jeder Eingebürgerte verschwindet aus der Ausländerstatistik und wird sofort von einem neuen Einwanderer ersetzt!

– Wie gross ist das Gejammer, wenn immer weniger Entmündigte an die Urnen gehen (letzte RR-Wahlen mit 22%). Auch Zeitungen verlieren Leser und viele Abstimmungsunterlagen landen ungeöffnet in der Verbrennung. Gemeindeversammlungen werden «kleiner» – Zusammenschlüsse sind Regierungs-Rezepte...

– Wer etwas über die Kandidaten wissen möchte, muss ein Detektivbüro beauftragen. Wer Nein stimmen will, muss dies vor Versammlungsbeginn schriftlich und begründet dem Vorsitzenden kundtun. Ohne triftige Gründe ist ein Nein nicht gültig und wird zum Ja. Nein-Votanten erscheinen namentlich an Versammlungen, im Protokoll und sicher auch in den Medien. Bewusst soll so der Bürger eingeschüchtert werden. Dies ist doch klare Repression gegen das eigene Volk.

– Damit die Moslemisierung und damit der totale Umbau unserer Gesellschaft und letztlich unseres Landes und Volkes zügig vorangetrieben werden kann, soll uns die Religion der Kandidaten verheimlicht werden. Sie sei gar nicht wichtig, meinen die Profiteure heuchlerisch. Doch das Volk weiss ganz genau, was über 500 000 Moslems im Lande bedeuten und dazu etwa 100 000 Eingebürgerte.

– Gäbe es wie in anderen Ländern kein Doppelbürgerrecht, würden viele Ausländer gar nie einen Antrag stellen! Das Doppelbürgerrecht ist ein grosser Anreiz, denn Doppelbürger können in beiden Ländern Liegenschaften kaufen, Unternehmen betreiben, von den sozialen Einrichtungen profitieren, sie sind auch privat vollwertige Bürger von zwei Staaten. Im Mobilisierungsfalle kann sich der Doppelbürger legal in seine zweite «Heimat» verziehen und wiederkommen, wenn der Blutzoll der Normalbürger (Soldaten) beendet ist.

Unsere «Rassismusexperten» fördern also ganz gezielt eine Zweiklassen-Gesellschaft – ein Wahnsinn!



Kanton Thurgau



Frau Calmy-Rey betet...

Zum Bettag 2007 hat Bundespräsidentin und SP-Bundesrätin Frau Calmy-Rey in St. Gallen demonstrativ an einem «interreligiösen Bettagsgebet» teilgenommen – natürlich in Begleitung der Medien.

Viele Menschen hat dies mehr als geärgert. Für sie war es ein billiger, medialer Wahl-Schachzug der Bundespräsidentin aus zwei Gründen: Beim Gebet war auch ein Vertreter der Muslime dabei. Nicht-Informierte fragen nun «na und?» – Wissende aber schütteln den Kopf! Einerseits werden in über 38 Staaten der UNO die UNO-Menschenrechte, vor allem die Glaubensfreiheit und die Rechte der Frau mit Füßen getreten! Mörderische Verfolgung ist Alltag, sogar in der Türkei! Alleine in Afrika sterben pro Jahr nach UNO über 40 000 Christen durch Muslimhand. Dazu kommen brennende, christliche Spitäler, Schulen, Kirchen und Infrastrukturen; es herrscht eine regelrechte, mörderische Verfolgung. Ausgerechnet Frau Calmy-Rey, die liebend gerne Humanitätsideale in die ganze Welt hinaus-

trägt, wird so zur Mittäterin! Alle, die mit diesem Wissen schweigen, die Augen verschliessen, werden mitschuldig am Tode von Verfolgten! Es muss aber auch gefragt werden, ob die Anwesenheit von Muslimen sinnvoll und berechtigt war; das Mitwirken der Bundespräsidentin hat die Antwort auf diese staatspolitische Frage vorweggenommen. Weiss Frau Calmy-Rey, dass Muslime nur zwei Arten von Menschen anerkennen, Gläubige und Ungläubige (alle Nicht-Muslime)? Ratsam wäre aber auch, wenn Frau Bundespräsidentin dringend im Koran nachlesen würde, was mit Ungläubigen zu geschehen hat. Störend empfanden aber auch viele Menschen, dass eine ausgewiesene Sozialistin und somit eine Vertreterin einer Partei ohne Gott und die «Internationale» singend, sich zu Wahlzeiten mit fragwürdigen Medien im Rücken, betend gibt. Das ist nicht nur für uns Schweizer Demokraten ein Ärgernis, sehr geehrte Frau Bundespräsidentin!

SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung



Kanton Zürich



SD-Initiative steht!

csz. Zu den Begleiterscheinungen der gegenwärtigen Hochkonjunktur gehört leider auch, dass in den Schweizer Städten wieder wie in den 60-er Jahren des letzten Jahrhunderts der

Grössen- und Metropolenwahn

umgeht. Ein Erscheinungsbild des Irrglaubens an ein immerwährendes Wachstum und an die angebliche Notwendigkeit, dass eine im internationalen Vergleich eher kleine Stadt wie Zürich sich als «Weltstadt» aufspielen müsse, ist das Aufkommen irrwitziger Hochhausprojekte. In Zürich wurde bereits ein 126 Meter hoher Büroturm bewilligt, und weitere ähnliche Bauvorhaben sind in Planung. Sogar der Stadtrat selbst fabuliert eifrig davon, dass das Areal des Tramdepots Escher-Wyss «zu wenig ausgenützt» sei und man dort ein kleeblattförmiges, 90 Meter hohes Ungetüm von Hochhaus errichten müsse! Stadtpräsident Ledergerber will sich anscheinend

vor seinem (hoffentlich baldigen) Abgang noch ein Denkmal setzen. Nachdem man in Basel inzwischen plant, ein Gebäude von 154 Metern Höhe hinzuklotzen, ist zu befürchten, dass in Zürich nächstens die Forderung vorgetragen wird, diesen Rekord in Sachen «Hongkongismus» noch zu übertreffen... Wenn das so weitergeht, wird das einst schöne Stadtbild Zürichs schon bald unwiderruflich verschandelt sein. Die drei hässlichen Wohntürme von zirka 80 Metern Höhe, die in der Hardau bereits stehen, geben einen Vorgeschmack von dem ab, was uns erwartet. Werden die Träume der Bodenspekulanten und Wachstumsfanatiker wahr, wird man von Höngg aus die Alpen nicht mehr sehen, weil eine Wand von Hochhäusern dazwischen steht.

40 Meter sind genug!

Heute sind bis weit in die Wohnquartiere hinaus Hochhäuser bis zu 40 Metern zulässig, um das

Gleisfeld vor dem Hauptbahnhof herum bis gegen Altstetten hinab gar solche von 80 Metern Höhe. Wo das nicht reicht, bewilligt der Gemeinderat grosszügig Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften. Doch nun regt sich Widerstand. Im Mai 2007 lancierten die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich die Initiative «40 Meter sind genug!» Hochhäuser sollen danach nur noch in ausgesprochenen Zentrumsgebieten zulässig sein, wo schon die Normalbauweise mehr als 20 Meter Höhe zulässt, und auch dort ist bei 40 Metern Höhe Schluss. Das sind immerhin ca. 13 Stockwerke – für eine Stadt in der kleinräumigen Schweiz ist das mehr als genug. Obwohl die Schar der Unterschriftensammler(innen) nicht gross war, schlug die Initiative ein. Inzwischen sind deutlich mehr als die erforderlichen 3000 Unterschriften beisammen, und die Initiative kann fristgerecht – vor dem 23. November 2007 – bei der Stadtkanzlei eingereicht werden.

Bevölkerungspolitisch relevantes Anliegen

Mit der SD-Initiative wird nicht nur das Stadtbild Zürichs geschützt. Sie steht auch sehr gut im Einklang mit dem gesamten Programm der Partei. Es stellt sich nämlich die Frage, wer denn in den neuen Büro- und Wohntürmen arbeiten und leben soll. Die Antwort ist einfach. Hier werden ganz offensichtlich Arbeitsplätze und Wohnraum en gros für die nächste Einwandererwelle gebaut. Aufgrund der EU-Kolonialverträge steht ja jetzt den Unternehmern ein schier unbegrenztes Reservoir an Neueinwanderern zur Verfügung.



Weder in die Höhe noch ins Grüne hinaus bauen

Beim Unterschriftensammeln mussten wir öfters hören, wir hätten ja schon recht, aber es sei besser, wenn man höher baue statt grünes Land zu verbetonieren. Diesem scheinbar logischen Gegenargument werden wir im Abstimmungskampf ein besonderes Augenmerk schenken müssen. Viele Bürgerinnen und Bürger glauben nämlich, es müsse zwangsläufig immer mehr Arbeits- und Wohnraum geben, denn es habe ja immer mehr Leute. Warum das so ist – und ob man nicht gescheiter dagegen etwas tun sollte – überlegen sie sich nicht. Nun, wir haben noch Zeit, um diesbezüglich Aufklärungsarbeit zu leisten. Einstweilen liegt die Initiative auf dem Tisch der Stadtbehörden. Nur schon diese Tatsache wird, so ist zumindest zu hoffen, in den nächsten paar Jahren den einen oder anderen nimmersatten «Investor» davon abhalten, weitere hundert Meter hohe Türme zu planen.

SD: Nein zur Einbürgerungskompetenz des Stadtrates

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich hat für die städtische Volksabstimmung vom 25. November 2007 die folgenden Empfehlungen beschlossen:

Änderung Gemeindeordnung (Parlamentsdienste) Ja

Änderung Gemeindeordnung (Finanzkontrolle) Ja

Änderung Gemeindeordnung (Datenschutzbeauftragter) Ja

Änderung Gemeindeordnung (Einbürgerungskompetenz des Stadtrates) Nein

Objektkredit 49,96 Mio. Franken für die Erneuerung der Sportanlage Heerenschürli, Schwamendingen Ja

Objektkredit 290 Mio. Franken Neubau Bettenhaus Stadtpital Triemli Ja

Mit der Übertragung der Kompetenz zur Einbürgerung im Ausland geborener Ausländer auf den Stadtrat wird die Tendenz verstärkt, Einbürgerungen von Ausländern als blosse Verwaltungsakte ohne politische Bedeutung hinzustellen. Für die Schweizer Demokraten ist die Aufnahme neuer Mitglieder in unsere Volksgemein-

schaft stets ein **wichtiger politischer Akt**, der wenn nicht vom Volk, so mindestens vom Parlament vorzunehmen ist. Zu verlangen ist dabei allerdings, dass der Gemeinderat die Einbürgerungen seriös prüft und nicht einfach alle durchwinkt, wie das heute geschieht. Insbesondere wäre bei der Einbürgerung kaum assimilierba-

rer Zuwanderer aus exotischen Ländern grösste Zurückhaltung geboten, wenn deren Aufnahme ins Bürgerrecht denn überhaupt in Frage kommt.

Die Erneuerung der Sportanlage **Heerenschürli** ist eine Investition in die Sport treibende Jugend und daher ungeachtet der hohen Kosten zu befürworten.

wegs. Dass allerdings die Grünen-Präsidentin Anita Lachenmeier am meisten Stimmen machen sollte – war die «kleine» Sensation. Lachenmeier wird allerdings in Bern das rauhere politische Klima zu spüren bekommen!

Abgewählt wurde der vor einem Jahr für Johannes Randegger (FDP) nachgerückte Malermeister, Urs Schweizer. Sein «gefährlichster» Mitbewerber auf der FDP-Liste, Gewerbedirektor Peter Malama, machte das parteiinterne Rennen und gewann letztlich haushoch. Malama zog bei diesen Wahlen alle Register, die ihm zur Verfügung standen. Als Gewerbedirektor zeigte Malama keinerlei «Beisshemmungen», auch gar den Gewerbeverband Basel-Stadt für seine Interessen einzuspannen. Der abgewählte Urs Schweizer ist dort übrigens auch Mitglied; zumindest Zahlendes! Malama hat sich seinen Sitz in Bern – man darf es so beurteilen – richtiggehend erkaufte. Die Inserate-Aquisiteure und die besonders guten Kollegen lassen grüssen!

Geld regiert die Welt

Apropos «kaufen»: Die SVP steckte schweizweit etwa 15 Millionen Franken in ihre Wahlkampagne. Dies ist weit mehr als jede andere Partei! Die Herren Unternehmer, die da gesponsert haben, möchten aber bestimmt ihr Geld in irgendeiner Form später wieder zurück. Der Pestalozzi ist ja seit Langem gestorben! Welchen «Kurs» wird diese heute im Höhenflug (Vorsicht wegen Sauerstoffmangels!) befindliche SVP wohl in den nächsten vier Jahren fahren? Wer meint, dass die SVP konsequent für Volk und Heimat eintreten wird, könnte sich schnell mal eines Besseren belehren lassen müssen. Warten wir nur ab!

Sind Schweizer Demokraten Spielverderber?

Dieser Wahlkampf war schweizweit speziell: Auch die Schweizer Demokraten in Basel-Stadt können ein Lied davon singen. In den Medien konnten sich Kandidierende der grossen Parteien lang und breit vorstellen. Alle Kleinparteien – darunter auch die Schweizer Demokraten – wurden diskriminiert, indem ihre Vertreter wirklich nur ausnahmsweise zu Wort kamen. Diese wurden ganz einfach nicht zu Diskussionen und Veranstaltungen eingeladen! Die SVP durfte hingegen noch und noch die Sache um den «Geheimplan» öffentlich präsentieren. Letzteren gab es in der Realität ja nicht einmal! Dass die politische Linke in Bern Chri-

stoph Blocher bei der (erneuten) Wahl in den Bundesrat im Dezember die Unterstützung verweigern will, ist ja sattem bekannt. Der «Umzug» der SVP in Bern und die mediengeile Vermarktung der Ausschreitungen – wohlverstanden durch Linkschaoten verursacht – zeigte letztlich im Wahlergebnis grosse Wirkung. Noch mehr Stimmen für die SVP!

Politiker und deren Versprechen

Auch in der Schweiz gibt es seit über 20 Jahren eine «Forza Italia». Nur heisst deren Chef nicht Silvio Berlusconi, sondern Christoph Blocher! Dass es Bundesrat Blocher Ernst meint mit seinem politischen und gesellschaftlichen Kampf, darf geglaubt werden. Wohin diese Fahrt letztlich gehen soll, weiss offensichtlich im Detail nur er. Was jedoch unzweifelhaft bei dieser SVP festzustellen ist – nach dieser «historischen» Wahl mehr denn je – sind die immer zahlreicher werdenden Partei-Opportunisten und Mitläufer, die auch etwas haben möchten vom Kuchen!

Die Schweizer Demokraten Basel-Stadt, resp. die fünf Kandidierenden für den Nationalrat, haben ihr Möglichstes im Wahlkampf geleistet. Da hätte auch jeder von ihnen 50 000 Franken in den Wahlkampf «investieren» können – genützt hätte auch dies wenig. Was tun, wenn ein Staubsauger die fleissigen Bienen aufsaugt? Schwimmwesten an die Bienen abzugeben, bringt da auch nichts! Die SVP ist übrigens konsequent dagegen, dass bei der Herkunft von Grossspenden Transparenz herrschen soll. Ja, Berlusconi vertrat auch immer eine solche trübe Meinung. Bekanntlich musste er inzwischen mehr als einmal vor Gericht erscheinen, da er es mit dem Recht im Staat nicht so genau nahm. Dort schnornte er sich aber mit Hilfe seiner Anwälte immer wieder raus!

Die Liste der Basler Schweizer Demokraten erreichte bei diesem Wahlgang einen bescheidenen Wähleranteil von 0,7%. Etwa dasselbe magere Resultat erzielten weitere SD-Wahllisten in andern Kantonen. Eines ist aber gewiss: Die SD-Kandidaten streuten den Wählern nie Sand in die Augen und standen/stehen für ihre patriotischen Ziele ein. Der grosse Vorteil in einem sogenannten demokratischen Staat ist: Alle vier Jahre finden erneut Wahlen statt. Den in diesem Wahlgang engagierten SD-Kandidatinnen und Kandidaten – wie auch den Zukünftigen sei für ihren ehrlichen Einsatz zugunsten der Heimat herzlich gedankt!

SD: Ja zur Flughafen-Initiative

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Zürich hat für die kantonale Volksabstimmung vom 25. November 2007 die folgenden Empfehlungen beschlossen:

Änderung des Steuergesetzes (Besteuerung von Beteiligungserträgen) Stimmfreigabe

Staatsbeitrag an den Bau der neuen Tramlinie in Zürich-West **Nein**

Volksinitiative «Für eine realistische Flughafenpolitik» Ja
Gegenvorschlag des Kantonsrates **Nein**
Stichfrage Initiative

Bezüglich der Besteuerung von Beteiligungserträgen sind die Meinungen bei den Schweizer Demokraten geteilt. Einhellig geäußert wurde aber der Wunsch nach einer schweizweiten Vereinheitlichung der diesbezüglichen Bestimmungen.

Einstimmig folgte der Parteivorstand dem Antrag der Stadtzürcher Sektion, den Bau des Trams Zürich-West zur Ablehnung zu empfehlen. Die bestehende Buslinie genügt und könnte im Bedarfsfall noch ausgebaut werden. Mit dem Tram wird die übermässige Bautätigkeit in der Gegend noch gefördert. Abzulehnen ist zudem der damit verbundene Strassenausbau.

Der Flughafen Zürich ist schon heute viel zu gross und eine übermässige Belastung für seine Umgebung. Zürich und die kleinräumige Schweiz sind als Flugverkehrsknotenpunkt von kontinentaler Bedeutung ungeeignet.

Die Schweizer Demokraten streben generell eine stabile Wirtschaftsentwicklung ohne ständiges Bevölkerungswachstum an und stehen darum auch einstimmig für eine strenge Plafonierung des Flugverkehrs ein.



Kanton Basel-Stadt



Ausser Spesen – nichts gewesen?



Markus Borner,
e. Grossrat,
Basel

In Basel-Stadt fielen die Resultate der Nationalratswahlen «erwartungsgemäss» unspektakulär aus. Von der SP wanderte ein Mandat zu den wählergewinnenden Grünen. Sonst blieb alles beim Alten. Bei der Ständeratswahl wurde – wie in den Vorhersagen angekündigt – die bisherige SP-Vertreterin Anita Fetz mit einem Stimmenverhältnis von 2:1 – gegenüber dem liberalen Herausforderer Andreas Albrecht – wieder gewählt. Überrascht hat hier nur der

grosse Stimmenunterschied zwischen den beiden Kandidierenden. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern. Die SVP-Oberen in Zürich sind mit dem Basler SVP-Ergebnis gar nicht zufrieden. Kaum ein Stimmenzuwachs und daraus folgend kein zweites Mandat für die SVP! Ein bekannter Basler Journalist bemerkte in seinem Artikel treffend: SVP-Nationalrat Henri Dunant möchte auch noch seine 3. Legislatur in Bern absitzen. Ganz ehrlich: Was bewegte Dunant bisher in Bern? Tatsache ist: Er profitierte einmal mehr bei Wahlen vom starken Zürcher Rückenwind, mehr nicht. Mit Gewissheit wird Dunant künftig politisch unruhigen Zeiten entgegengehen!

Fast alles bleibt beim Alten

Der Mandatstransfer von der SP zu den Grünen überrascht keines-



Multikulturell = Multikriminell

Tiefer geht's nimmer – unsere Justiz endgültig am Ende?

AZ 29.10.2007 (wörtlich): Ein 17-Jähriger, welcher am 12. Januar 2007 einen 39-jährigen Mann zu Tode geprügelt und am 7. Oktober einem 17-Jährigen schwere Kopfverletzungen zugefügt hat, soll aus der Haft entlassen werden. Wenn bis Dienstag (30. Oktober) kein Antrag auf Haftverlängerung gestellt wird, kann der Schläger das Gefängnis wieder verlassen.» (Zitatende). Der zuständige Jugendanwalt Felix Bieri erklärte hierzu: «Wenn wir die Ermittlungen abgeschlossen haben, besteht keine Verdunkelungsgefahr mehr. Dann entfällt die Grundlage für die U-Haft.» (Zitatende). Interessant dürfte auch dies sein: Nach dem Tötungsdelikt vom 12. Januar war

der Schläger auch bereits nach zwei Wochen wieder aus der Haft entlassen worden, weil ein Gutachten des Jugendpsychiatrischen Dienstes ihn als «ungefährlich und nett» eingestuft hatte. Wäre dieser jugendliche Verbrecher damals in Haft geblieben, wie es bei jedem «normalen» Totschläger in jedem Land der Erde mit einer auch nur halbwegs funktionierenden Justiz der Fall gewesen wäre, hätte er im Oktober nicht schon wieder zugeschlagen können (im wahrsten Sinne des Wortes), und der 17-Jährige wäre verschont geblieben. Jetzt kann dieser Verbrecher schon wieder weiter prügeln.

Meinung des Redaktors: Wo führt dies noch hin?

Erstmals mehr als 7,5 Millionen Schweizer

Diesen «triumphierenden» Titel brachte die AZ am 31.8.2007. Im Untertitel stand «Migration als Hauptgrund für Wachstum». Die «Migration», auf gut Deutsch schlicht Einwanderung, ist bereits seit Jahrzehnten der Hauptgrund für den Zuwachs der «Schweizer». Richtig müsste es heissen «Bevölkerung in der Schweiz». Nach meiner Meinung gehört ein solcher Artikel mit einem dicken schwarzen Rand umgeben auf die Seite «Todesnachrichten», denn für die Schweiz ist diese katastrophale Entwicklung der Todesstoss. Dass die freisinnige Aarauer Zeitung den Zuwachs begrüsst, ist klar. Für die Wirtschaft ist jeder neue Einwanderer ein Gewinn, denn es gibt ihr wieder neue «billige» Arbeitskräfte und noch mehr Profit. Allerdings sind heute nur etwa ein Drittel der Einwanderer Arbeitskräfte, die Übrigen gelten als Familiennachzug. Aber auch dies nützt der Wirtschaft: Das Baugewerbe kann weiterhin jährlich zusätzlich ca. 50 000 Wohnungen bauen. Migros, Coop und die meisten anderen Geschäfte profitieren ebenfalls von jedem Zuwanderer.

Anzeige

Sorgentelefon für Kinder
 **0800 55 42 10**
 weiss Rat und hilft
 SMS-Beratung 079 257 60 89, www.sorgentelefon.ch
 Sorgentelefon, 3426 Aeffligen, PC 34-4900-5

AZ 27.8.2007: Titel des Artikels: «Nach 27 Jahren wird ausgeschafft»; Untertitel: «Graubünden: Straffälliger muss Schweiz verlassen.» Nach dem Lesen des folgenden Artikels habe ich mir neben diesen Untertitel Folgendes notiert: «Wirklich? Das glaube ich erst, wenn dieser Mann wirklich nachweislich die Schweiz verlassen hat.» Und nun zur Geschichte, die einerseits die ständig steigende Kriminalität dieses «Gastes» zeigt und vor allem ein Bild der beinahe unglaublichen «Nettigkeit», um nicht zu sagen Schlamperei, unserer Justiz und unserer Behörden gibt. Der Mann war 1980 im Rahmen des langsam fragwürdigen «Familiennachzugs» mit seinen Eltern in die Schweiz gekommen. (*Wo bestand da ein «Familiennachzug», wenn offenbar beide Eltern mitkamen – war da wohl nur ein Bruder, Cousin, Onkel oder noch weiter entfernter «Verwandter» bereits in der Schweiz?, D.N.*) Bereits in den achtziger Jahren wurde er dreimal wegen Fahrens in angetrunkenem Zustand verurteilt. Danach belangte man ihn wegen Körperverletzung, Tätlichkeit und einem Nötigungsversuch.

Die Schlamperei unserer Behörden

1989 verwarnete ihn die Fremdenpolizei ein erstes, 1997 ein zweites Mal mit dem Hinweis, bei weiteren Klagen müsse er mit dem Entzug der Niederlassung und damit mit der Ausweisung rechnen. Doch die Warnung fruchtete nichts (*warum*

auch, da muss ja selbst der Dümme merken, dass unsere Politik gegenüber ausländischen Verbrechern nichts taugt und er beruhigt weiter machen könne. Es kam, wie es kommen musste!)

Weiter wörtlich aus der AZ: 2005 wird der Mann vom Kantonsgericht zu einer Gefängnisstrafe von 28 Monaten verurteilt wegen sexueller Nötigung, mehrfacher Drohung und Verstoss gegen das Waffengesetz. Schon vorher, nämlich im Februar 2004 hatte die Fremdenpolizei eine Aufenthaltprüfung angekündigt und im Juni 2006 die Ausweisung (*Die Frepo brauchte also beinahe 2 1/2 Jahre, um in einem solch eindeutigen Fall einen «Entschluss» zu fassen*). Begründung der Frepo: Aufgrund der Straffälligkeit, der andauernden Fürsorgeabhängigkeit (!!!) und wegen der hohen Schulden seien die Voraussetzungen für die Ausweisung dieses Mannes gegeben. Das hierauf angerufene Verwaltungsgericht schloss sich nun diesem Beschluss an. (Ende des Artikels).

Anmerkung: Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass dieser Mann den Entscheid ans Bundesgericht weiterleiten wird, was wohl eine nochmalige mehrjährige Verschleppung zur Folge haben wird!

AZ 10.9.2007: In Zürich sass neun Jugendliche an der Seepromenade in der Nähe des Opernhauses auf einer Parkbank, als sie von etwa gleich vielen Unbekannten zuerst verbal provoziert und danach mit Fäusten und Füßen angegriffen wurden. Einer der Täter fügte mit einem Gegenstand einem 17-jährigen Schweizer massive Kopfverletzungen zu, sodass dieser notoperiert werden musste. Er befand sich am Sonntag in sehr kritischem Zustand. Drei weitere Schweizer wurden verletzt. Die Angreifer, ebenfalls Jugendliche, flüchteten nach der Tat. (Quizfrage: Welche Nationalität hatten wohl diese Verbrecher? Richtig: Sie sprachen Schweizerdeutsch mit slawischem Akzent).

AZ 13.9.2007: Am 2. November starb in Wohlen (AG) eine 14-jährige Velofahrerin, als sie an einer Kreuzung von einem hubraumstarken Alfa Romeo erfasst und ins angrenzende Feld geschleudert wurde. Die genaue Geschwindigkeit des Autos konnte nicht genau

rekonstruiert werden; auf alle Fälle gab es keinerlei Bremsspuren! Aufgrund der Verletzungen des Mädchens vermutete ein Gutachten eine Geschwindigkeit von 90 bis 120 km/h; erlaubt wären hier 80 km/h. Und jetzt die absoluten Tiefpunkte dieses Falles: Der Mann erschien mit seinem Auto zur Gerichtsverhandlung. Der Fahrausweis wurde ihm weder auf der Unfallstelle noch seither abgenommen (!!!). Dabei war der heute 40-jährige Mann damals bereits mehrfach wegen grober Geschwindigkeitsüberschreitung vorbestraft und der Fahrausweis war ihm wegen demselben Delikt bereits sechs Mal entzogen worden, nämlich: 3 Mal zwischen 1989 und 1992. 1994 Fahrtenzug auf unbestimmte Zeit. Aber bereits 1996 erhielt er den Fahrausweis zurück und zwar – wie könnte es anders sein – nach einem «grundsätzlich positiven verkehrspsychologischen Gutachten», obchon dem Mann eine «retardierte (d.h. verzögerte) Persönlichkeitsentwicklung» attestiert worden war. (*Ich würde sagen, seine Entwicklung ist sehr, sehr retardiert!*) Bereits ein Jahre später wurde ihm der Fahrausweis wieder entzogen und 1999 folgte ein weiterer Fahrausweisentzug, diesmal wieder einmal auf unbestimmte Zeit. Auch diesmal dauerte die «unbestimmte Zeit» lediglich knapp zwei Jahre. Nach gerade fünf «therapeutischen» Sitzungen stellte wieder ein verkehrspsychologisches Gutachten eine positive Entwicklung fest, diesmal allerdings nur «mit Vorbehalten». Aber auch danach wurde er wegen teils massiver Geschwindigkeitsüberschreitung weiterhin verwarnet. Die Staatsanwaltschaft hatte nach dem tödlichen Unfall eine Freiheitsstrafe von 7 Monaten unbedingt (*wenigstens das!*) und Fr. 1500.– Busse beantragt. Wie das Gericht entschied, und ob der Angeklagte das Urteil weiter gezogen hat (*darf vermutet werden*), entzieht sich unserer Kenntnis.

Bemerkung des Redaktors: Ob wohl die verschiedenen Instanzen und insbesondere diese mehr als dubiosen «Psychologen» nach dem Tod der 14-Jährigen noch gut schlafen können? Wenigstens eine «gute» Nachricht, zumindest für Balkanesen, Türken und ähnliche Typen: Der Täter war für einmal keiner dieser Leute, sondern ein Italiener!

Dr. Dragan Najman



Votations exceptionnelles



Mary Meissner,
Vernier

Cette année 2007 aura marqué le peuple suisse par un ras de marée UDC enfin comprise par le citoyen lambda qui pendant des années a vraiment cru par ses positions de gauche aux promesses des syndicats qui ont travaillé contre eux, surtout ces derniers temps donnant la préférence au mondialisme et à l'ouverture tous azimuts aux laissés pour compte de la planète.

Je dois tout d'abord regretter que Bernhard Hess n'ait pas réussi à garder son siège au national. Pour notre parti des Démocrates Suisses dont aucun média n'a parlé, c'était notre but, mais cela n'est pas trop grave, car nous savions très bien que l'UDC qui est notre filleule puisque nous existons par l'Action Nationale depuis plus longtemps qu'elle sur l'échiquier politique, défendrait nos idées qui sont aussi leurs idées. D'ailleurs, sachant le poids réel des forces de droite, nous avons toujours soutenu cette grande parente qui prenait avantageusement le relai de notre lutte, la principale étant depuis un demi siècle, de garder notre liberté confédérale sans l'ingérence de décideurs étrangers de quelque bord

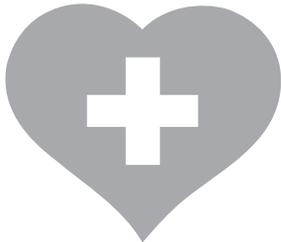


Adieu Bernhard Hess

qu'ils soient. N'ayant pas eu de listes en Romandie sauf dans le canton de Vaud, nous avons conseillé à nos membres et sympathisants de voter pour l'UDC, ce qui a permis sa poussée spectaculaire dans les cantons du Jura, Genève et Neu-

châtel. Quant à la proposition d'Ueli Maurer de changer trois des plus indécorables conseillers fédéraux, elle est dans le vent qui souffle sur le pays. La Poste, les services sociaux, les hôpitaux, les écoles, les assurances et j'en passe, jouent aux chaises musicales en bouleversant, changeant et renouvelant des habitudes qui donnaient dans une certaine mesure, confiance en l'avenir, car de ne pouvoir plus s'asseoir sans peur d'être délogé, c'est destabilisant, mais probablement nécessaire dans certains cas. Lorsqu'on ne peut changer les mentalités de personnes responsables, on les remplace. Il est temps de renouveler le visage helvétique. Espérons que nous sommes sur la bonne voie.

S.O.S: Démocrates Suisses ex Action Nationale



Ci-dessous, nous imprimons un bulletin-réponse pour une souscription nationale. En effet, notre parti doit faire face maintenant à fortes parties, que je mets au pluriel, puisque nous sommes, comme l'UDC, les moutons noirs de la politique helvétique. Nous avions cru qu'avec une telle vague pro UDC, le peuple avait enfin compris l'utilité nécessaire d'appeler un chat, un chat, puisque la tendance était de camoufler les vraies raisons du malaise populaire.

Notre parti a eu pas mal de succès vis-à-vis des jeunes qui se rendent mieux compte de la situation catastrophique dans laquelle nous conduisent les vieux de la vieille, c'est pourquoi nous ne devons pas les décevoir en les laissant tomber. Notre comité directeur a donc décidé de continuer la lutte que nous menons depuis 1961, ne serait-ce que pour faire honneur à ceux qui nous ont précédés.

Malheureusement, pour tenir une place dans le concert des délégués il nous faut un peu d'argent, ne serait-ce que pour soutenir un secrétariat et le journal dont tant de membres attendent avec impatience la parution, car il est à la pointe d'informations souvent scabreuses que les journaux officiels diffusent bien après nous.

La subvention fédérale étant supprimée puisque nous n'avons plus de siège au national, le quorum n'ayant pas été atteint, nous ne pouvons compter que sur nous mêmes, vu que la situation future peut encore se dégrader et qu'alors nous aurons besoin de toutes les forces patriotiques pour sauver le pays. Il a suffi d'un vote pour changer la configuration politique suisse, il suffira d'un autre vote ou

d'une catastrophe imprévisible aujourd'hui, pour renverser la vapeur et trouver d'autres cartes à jouer.

Donc aidez-nous aujourd'hui pour que nous puissions vous aider demain. Jugez les événements tels qu'ils sont et pas tels qu'on veut vous les faire croire. Il est si facile de jeter de la poudre aux yeux! Tant que vous aurez des problèmes de proximité, tant que vous ne serez pas assez nombreux pour influencer l'environnement et faire dévier cette route qui nous conduit vers le chaos mondial, la disparition des Blancs, le métissage et la violence généralisée, vous resterez dépendants d'autrui, et esclaves d'idées qui ne sont pas les vôtres. Merci pour votre coopération et surtout votre soutien moral et financier.

BULLETIN REPONSE

Nom, prénom:

adresse:

Chèque, virement, cash

A retourner au secrétariat à Berne: Démocrates Suisses, Case postale 8116, 3001 Berne, Fax 031 974 20 11, info@democrates-suisse.ch

Le Pileri

Délinquance en augmentation

Outre les agressions de plus en plus violentes de maris étrangers sur les femmes suisses, ce qui provoque à ce qu'il paraît, des dizaines de morts par mois, j'ai lu dans les quotidiens de ces trois derniers jours, les faits divers se rapportant aux cambriolages, vols, arnaques et dégradations diverses commises par des ressortissants maghrébins, africains, asiatiques ibères et slaves. Pas un seul Suisse. Chaque fois les policiers conduisent les malfrats à la prison de Champ Dollon, surpeuplée, et je me demande ou logent ces surplus de vilains garçons. Il n'y avait qu'une femme camerounaise dans le lot. Certaines statistiques parlent d'un 90 % d'étrangers emprisonnés, autant de moutons noirs à expulser.

Eau – Cela commence

Nous avions prévu que la Suisse, château d'eau de l'Europe, deviendrait dans le futur un objet de convoitise pour ses voisins d'abord, pour les autres pays plus lointains ensuite. La France qui manque toujours d'eau et se sert déjà dans le Léman, côté Savoie, demande en plus un raccordement sur Suisse

Suite en page 15

Le Pileri

Suite de page 13.

du côté de Coppet, car l'urbanisation galopante du pays de Gex est la cause d'une pénurie d'eau potable. La nappe phréatique a diminué de 20 mètres à cause de la sécheresse de ces dernières années.

Le commissaire enquêteur de cette région a promis que de leur côté, les autorités françaises ne délivreraient plus de permis de construire dans cette région si l'apport en eau potable était insuffisant. Il était temps de maîtriser l'urbanisation exponentielle due aussi aux ressortissants suisses qui vont s'installer de l'autre côté de la frontière. Il sera de ce fait difficile de ne pas tenir compte de cette situation aux environs de Genève qui draine de plus en plus d'étrangers, d'organisations internationales et autres grosses firmes avides de terrains à construire, donc un bétonnage en augmentation et une consumma-

tion d'eau énorme. J'ai entendu dire que des tractations à ce sujet sont en cours depuis pas mal de temps, mais avec ce grand bassin d'eau dans la région, les autorités suisses ne peuvent décemment pas refuser un juste partage.

L'Égypte se distingue

Je lis avec étonnement et dégoût, ce qui suit: Obliger la femme musulmane à «donner son sein à téter aux amis de son mari durant le ramadan», est une décision prise en Égypte il y a quelques mois. Cela a fait bondir la majorité des musulmans mais cela ne dit pas ce qu'en pensent les «Frères Musulmans» groupe auquel appartiennent les frères Ramadan habitant Genève et qui prennent si souvent la parole dans nos médias. Cette information parue sur un blog d'internet relayée par la Tribune de Genève, n'explique pas ce qu'en pense les femmes musulmanes. Après être

obligées de se voiler des pieds à la tête, de se marier selon le bon plaisir de vieux barbons amis de leurs parents, de risquer leur vie en choisissant la liberté due au sexe féminin, et de risquer la lapidation en cas de non conformité aux us et coutumes du Coran, les voilà contraintes de nourrir au sein leur mari pour compenser le jeûne d'un mois du ramadan. Et elles, quelle nourriture de substitution leur est-il proposé?

Deux poids et deux mesures

Au moment où j'écris ces lignes, une polémique enfle à Lausanne où Christof Blocher est invité au Comptoir Suisse en tant que membre du C.F. Les anarchistes mobilisés se réfèrent de nouveau aux affiches des moutons noirs pour hurler leur haine des citoyens qui défendent la Suisse, puisqu'ils sont eux interlopes, métissés et mondialistes. Ils se gardent bien de critiquer Vladimir Poutine et son par-

ti communiste, lorsque lui aussi emploie le terme de «bêtes noires», spécialement contre les dirigeants polonais et le géorgien Mikhail Saakashvili. Quand donc un érudit écrira-t-il un lexique des imageries langagières? Par exemple – Saoul comme un Polonais, bête à pleurer, vert de rage, mentir comme un arracheur de dents, se ronger les sangs, retourner sa veste, avaler une couleuvre, remuer ciel et terre, croquer la vie, être dans la lune, bailler aux corneilles, être le mouton noir d'une famille, ou la tête brûlée d'un gang, etc. Ce serait une proposition à faire à l'OFIAMT pour ajouter ces idiomes à l'obligation d'apprendre la langue française avant de demander la naturalisation.

Octopus

En parcourant la presse

Minarets

Je lis ce titre édifiant: «L'initiative antinunarets fait craindre pour l'image de la Suisse à l'étranger». Quels sont les pays qui se cachent derrière ces mots à l'étranger? S'il s'agit de l'Arabie Séoudite, du Qatar, de la Turquie ou du Soudan, cela n'a aucune importance puisque chez eux nous n'avons pas le droit de construire des églises! Quant aux autres soi disant démocraties occidentales, qu'ils balaient devant leur porte, d'ailleurs nous n'avons pas entendu de critiques de leur part. La presse qui se targue de protéger la liberté d'expression, devrait faire plus attention aux titres à formules désinformantes qui bafouent la bonne liberté d'expression par des phrases tendancieuses.

TNT, télévision supermoderne

Quelle triste expérience les abonnés à la TV qui, pour recevoir les programmes de la Suisse et de la France, on dû dépenser des centaines sinon des milliers de francs (moi-même j'en ai eu pour plus de fr. 3000.-) pour ne visionner que des vieux films sortis de derrière des fagots, des reprises, et qui, de surcroît, ne reçoivent plus certaines chaînes comme Animaux, Discovery, etc. qui demandent un abonnement supplémentaire. C'est de l'arnaque pure et simple si l'on ajoute les dysfonctionnements dus aux cartes qui se décrochent. N'y connaissant rien en radiotechni-

que, j'ai cru aux superlatifs du spécialiste et je me pose des questions quant aux augmentations de salaires des employés de la Tour TV de Genève. *C'est bien sûr possible puisque n'achetant plus de bons films étrangers, ils économisent pour pouvoir augmenter leurs salaires.* Le contribuable sera toujours le dindon de la farce.

Les produits Chinois

On peut se demander si les clients de la Chine ne se laissent pas piéger par des prix très bas en achetant à tour de bras des produits chinois qui s'avèrent de plus en plus dangereux, empoisonnés et de piètre facture. Ne se rendent-ils pas compte, ces acheteurs avides de bénéfice, que ce dragon qui fut drogué par les Anglais il y a plusieurs siècles, essaie de se venger des Occidentaux en les arnaquant à leur tour et qui dit qu'ils ne planifient pas une revanche manichéenne et subtile, les années ne comptent pas dans la durée de la haine. Ruiner des populations entières, c'est pire que de leur offrir des drogues.

Insultes politiques

La France ne fait pas dans la dentelle. Si nous avons en Suisse ces derniers temps un aperçu des insultes qui fusent entre nos partis, nous sommes encore loin des mots d'oiseaux français. Je cite: «Il ne m'aime pas, moi non plus, il n'aime pas la France, moi si. Il a la bave aux lèvres avec la haine qui

sainte de partout.» Il s'agit en l'occurrence d'Henri Guaino qui est «raciste et d'inspiration maurassienne», parce qu'il écrit les discours de Sarkozy et c'est Bernard Henri Levy qui le dit sur France Inter. Y a vraiment de la joie en politique aujourd'hui!

Partialité au plus haut niveau

Marc Guéniat fustige le juge Zappelli de Genève pour son manque d'impartialité, ceci dû au choix des procureurs qui se fait suivant leur appartenance politique. Ce même jour à la radio, la représentante de la défense des consommateurs madame Dusong, accusait les hommes politiques ayant des emplois et des fonctions dans les grands complexes industriels et commerciaux, de ne défendre que les intérêts de leurs employeurs et pas du tout les citoyens. Voilà deux opinions qui rejoignent la mienne, ce manque d'indépendance doublé de la santé des susdits. Il y a quelques années, on mettait sur le compte de la déficience sanitaire de mauvais jugements. Il y a lieu de tenir compte du fait que juges ou édiles, ne sont que des êtres humains avec leurs convictions personnelles, et surtout leur état de santé physique et mentale. Il suffit qu'un homme ou une femme soit mal dans sa peau pour que ses décisions changent de direction. Dans ces cas-là ce sont les justiciables et les citoyens qui font les frais de la casse. Jamais les décideurs. Nous devons donc faire le gros dos et attendre que le choix de ceux-ci soit mieux pesé et évalué. Mais n'est-ce pas un vœu pieux? Octopus

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)
 Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

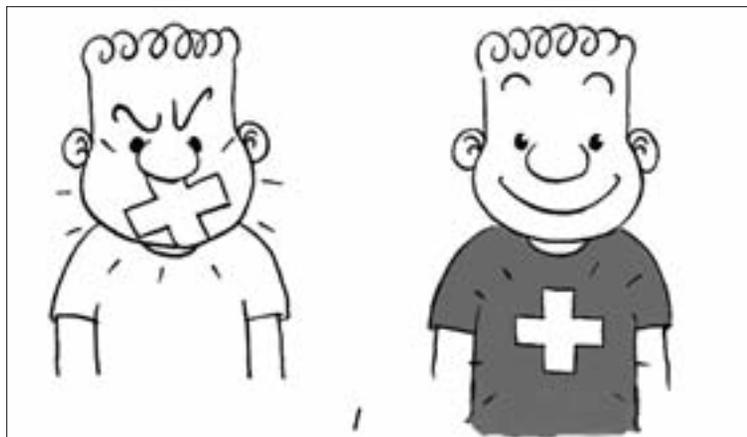
**Organe officiel des
Démocrates Suisses DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

Liberté d'expression, l'intolérance à sens unique

Lorsque les gauchistes de quelque bord qu'ils soient organisent des défilés, convoquent des réunions sur nos places publiques ou posent des affiches provocatrices, a-t-on vu les conservateurs ou forces de droite appeler à la révolution urbaine? Ou à la destruction des posters trop souvent appelant à la haine des valeurs helvétiques? A-t-on vu des cortèges anti-rouges défilés dans les rues adjacentes ou conduisant à des réunions communisantes anti-armée, pro faux réfugiés ou pro-délinquants drogués et récidivistes?

Non, ces démonstrations populaires de mauvais goût ne sont pas l'apanage des gens de droite, et d'une partie du centre. La liberté d'expression est respectée et les black blocs ne sont pas engagés pour venir semer le désordre et la violence, suivie de destruction de matériel privé ou public. Cela démontre de la part des forces de gauche dans cette Suisse pacifique, l'intolérance unilatérale de ces fau-



teurs de trouble qui sont persuadés d'avoir la science infuse les autorisant à imposer par la dictature leur point de vue. Cela ressemble aux pogromes et à l'inquisition, aux répressions birmanes et talibanes.

La meilleure preuve de ces événements prévisibles sont les photos prises sur le vif par l'ex-présidente des Démocrates Suisses de Neuchâtel qui illustrent d'une façon écœurante, les actions avilissantes

de cette chienlit dont l'UDC et notre parti dénoncent la bassesse révolutionnaire. Ce sont ces gens qui sont les provocateurs et pas les membres tranquilles UDC ou Action Nationale se réunissant pour protéger nos biens, notre environnement, nos us et coutumes et nos libertés.

Ce samedi 6 octobre sur la place du Palais fédéral où le cortège de l'UDC n'a pas pu arriver pour pro-

noncer des discours patriotiques au milieu de stands bien achalandés, il n'y avait **aucun policier et la place était vide**. Les casseurs ont pu sans coup férir briser des vitrines de banques et magasins, brûler et renverser tous les stands vendant de la nourriture, puisque que les délégués UDC s'étaient rassemblés, par la force des choses, près de la Fosse aux Ours où ils avaient dû refluer pour ne pas se faire lyncher.

Ce manque de coordination des forces de police est un manquement grave à la protection des biens et des gens, car elles étaient averties suffisamment à l'avance qu'il y aurait du grabuge.

Les touristes ouvraient de grands yeux étonnés se demandant s'ils étaient bien en Suisse. Ce manque de coordination des forces de l'ordre est un scandale qui laissera une tache indélébile de trahison et de saleté sur notre drapeau.

Mary Meissner

Autre mensonge des jaloux de l'UDC

C'est facile d'accuser le parti vainqueur des élections de ce dimanche 21 octobre d'avoir gagné, grâce aux 10 millions pour les uns, et 20 millions de francs pour les autres, cette première place politique malgré les injurieuses attaques de ses adversaires.

Ce que les partis perdants oublient de dire, c'est qu'à cause de leurs éternels reproches injustifiés reproduits dans tous les médias, ils ont eu eux non pas à payer pour leur publicité, mais les journaux la leur ont faite gratuitement. Donc au lieu d'ajouter à leurs critiques cette fausse question financière, ils devraient remercier les médias de leur être venu en aide de façon si adéquate.

Chacun doit pouvoir défendre ses idées dans un pays soi-disant dé-

mocratique, mais c'est pousser le bouchon trop loin, lorsqu'on y ajoute la mauvaise foi et le mensonge, informations quasi officielles mais fallacieuses reproduites dans des périodiques étrangers ne connaissant rien aux véritables raisons qui ont poussé les Suisses à se regimber. Ce qui prouve une fois de plus que l'Union européenne aux tendances roses-rouges déteint fortement sur certains esprits irresponsables pétris d'utopiques réalités.

Regardons plutôt vers le bon fonctionnement de notre économie, le peu de chômage, un indice boursier stable et un environnement supportable, doublé d'un budget satisfaisant, au grand dam de l'UE qui ne peut en dire autant.

Charlotte Morel

politique de Schengen au seul titre de contrer ces imbéciles de droite. Eh! bien! aujourd'hui vous l'avez dans le baba, *Le NOMES* et ses adhérents qui ne rêvent que d'entrer dans l'U.E. n'y comprennent rien et contribuent à semer la pagaille dans la population par d'utopiques promesses qui ne sont que des leurres à voir le chaos économique et les délocalisations qui prolifèrent chez nos voisins! A part les Démocrates Suisses et l'UDC, plus le MCG genevois, tout les autres partis sont des traitres à la patrie et n'ont qu'une idée en tête, vendre notre pays au mondialisme avec une sauce rose-verte-rouge pour noyer le poisson dans une langue de bois.

Peut-être que ces élus sont fatigués de se battre et seraient-ils mieux pépères planqués à Bruxelles tout en encaissant de faramineux salai-

res payés par les impôts des 27 pays qui se sont laissés abuser et englués dans cette toile d'araignée? Jouer à Ponce Pilate a toujours été payant pour les interlopes et les paresseux, pour ceux qui refusent les responsabilités et qui adorent se laver les mains.

J'écris cet article trois jours avant les résultats des votations de dimanche, mais il est à prévoir qu'en cas de résultats positifs pour l'UDC et l'Action Nationale qui a repris son nom dans le canton de Vaud, il y aura une levée de boucliers des perdants de tous bords qui ressereront tes rangs et agiront comme en France, pour contrer chaque décision patriotique ou anti-européenne, restrictive vis-à-vis des malfrats étrangers ou des interdictions de vente du sol helvétique aux spéculateurs.

Marie de Seimners

Bla, bla politique

Comme il fallait s'y attendre, les journaux sont pleins de politique politicienne désignant à qui mieux-mieux les papables aux sièges vacants de tous les partis, et les radios et télévision en rajoutent jusqu'à la nausée. Cela sert à quoi de peindre le diable sur une muraille invisible, ou de pronostiquer des choses qui n'arriveront pas à terme. Que de temps perdu et de papier gaspillé. C'est peut-être

pourquoi on parle tellement d'infos sur le net, de télévision bientôt sur les portables et de journalisme public ouvert à tout un chacun, ce qui va encore davantage provoquer des idées chaotiques, des rumeurs incontrôlées et une dégradation de la langue française copiée sur les SMS.

Le vrai journalisme fout le camp en faveur du copié-collé utilisé par les nases. Octopus

C'est bien fait...

Vous qui avez voté pour l'ouverture des frontières à tout venant, vous qui nous avez accusé de nous replier sur nous, et vous qui prônez l'ouverture au monde, voilà le résultat de votre politique laxiste... Dénonciation des contrats collectifs, risque de suppression d'une entente pour la paix du travail, dumping salarial dû aux plombiers

polonais et la cerise sur le gâteau, l'arrivée massive des Roms et autres tziganes qui viennent chez nous pour mendier à tous les coins de rue, pour voler et insulter les citoyens, et saloper nos ponts et nos rues...

Vos belles promesses de contrôle des chantiers, quel mensonge, et les socialistes ont voté pour votre

Schweizer Demokraten – weiterhin Partei!

SD – heimatverbundene und patriotische Partei!

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten hat den Wahlausgang der Nationalratswahlen analysiert und ist einhellig der Meinung, dass es in unserem Lande weiterhin eine patriotische Partei mit sozialer und ökologischer Ausrichtung wie die SD braucht. Es wurde an der Zentralvorstandssitzung sichergestellt, dass die Partei mit den bestehenden bewährten Strukturen weitergeführt werden kann. Die SD haben sich zum Ziel gesetzt, im Jahr 2011 wieder in den Nationalrat einzuziehen! Ob mit oder ohne Nationalrat werden die Schweizer Demokraten alles daran setzen, ihr Programm und die wichtigen politischen Ziele umzusetzen. Diese Versprechen bleiben Verpflichtung. Sie werden ihre Arbeit als politische Partei verstärkt weiterführen und den Auftrag ihrer 6000 Mitglieder erfüllen, indem sie sich

zum Beispiel bereits Anfang 2008 an den St. Galler Kantonalwahlen beteiligen. Zudem ist das Referendum gegen die Abschaffung der Lex Koller (Ausverkauf der Heimat – Grundstückverkäufe an Ausländer) beschlossene Sache und gegen die Ausweitung der bilateralen Verträge wird ebenfalls ein Referendum ins Auge gefasst.

Mit Bedauern hat der Zentralvorstand von der Abwahl seines Zen-

tralpräsidenten Bernhard Hess aus dem Nationalrat Kenntnis genommen. Die SD danken Bernhard Hess für seine grosse geleistete Arbeit und haben seinem Rücktritt als Zentralpräsident angenommen. Er wird der Partei weiterhin in führender Position zur Verfügung stehen.

Der SD-Zentralvizepräsident, Gemeinderat Ueli Brasser, Zürich,

wird die präsidialen Amtsgeschäfte bis zur ordentlichen Delegiertenversammlung im Mai/Juni 2008 wahrnehmen. Unterstützt wird er dabei von der gesamten Parteileitung.

*Schweizer Demokraten (SD)
Rudolf Keller, e. Nationalrat und
SD-Zentralvorstandsmitglied,
Frenkendorf*

Von einer Parteiauflösung kann keine Rede sein!

Es ist bedauerlich, dass die Schweizer Demokraten bei den Wahlen vom 21. Oktober stimmen- und mandatsmässig verloren haben. Leider wurde gar der Berner SD-Nationalrat Bernhard Hess, in einer krimi-ähnlichen Abhandlung nicht mehr gewählt. Am späten Sonntagabend galt er noch als bestätigt. Einige Stunden später zeigte es sich jedoch, dass er künftig nicht mehr dem Nationalrat angehören wird. Dies ist eine Tatsache, die für den Abgewählten, wie auch die Partei, sehr hart ist. Man wird aber auch mit den neuen Gegebenheiten leben und politisch aktiv sein können.

Wie sich Bernhard Hess schon geäussert hat, wird er sich in naher Zukunft einen «alten» Wunsch erfüllen können: Eine längerdauernde Weltreise! Die Parteileitung dankt ihm für sein achtjähriges Engagement im Nationalrat und seinem noch längeren fruchtbaren Einsatz in verschiedensten Parteichargen und wünscht ihm alles Gute für den weiteren Lebensweg. Dass die Wahlergebnisse der Schweizer Demokraten schweizweit äusserst unbefriedigend ausgefallen sind, ist hauptsächlich auf folgende Tatsachen zurückzuführen:

– Von den wirklichen Problemen, wie permanentem Einwanderungsdruck, begründete Ängste vor Arbeitsplatzverlust, Verleumdung der schweizerischen Neutralität, Gewaltexzessen sowie Umweltzerstörung, u.a.m., wurde im Wahlkampf, insbesondere in den Medien, kaum gesprochen. Es fanden nur sehr wenige Grundsatzdiskussionen zu diesen Themen statt!

– Einer 15 Millionen-Franken Wahlkampagne der SVP kann von einer kleinen Partei kaum etwas entgegengestellt werden. Zudem wurde in unnötiger Weise über ein Thema «diskutiert», welches gar keines darstellt: Der

sogenannte Geheimplan!

– Der «Umzug» in Bern mit einkalkulierten Scharmützeln mit linksextremen Chaoten schaufelte einer grossen Bundesratspartei noch mehr Stimmen zu.

Zukunftsprognosen

Ob mit oder ohne Nationalrat werden die Schweizer Demokraten alles daran setzen, ihr Programm und die wichtigen politische Ziele umzusetzen. Diese Versprechen bleiben Verpflichtung.

Daran gibt es nichts zu deuteln:

– Referendum für die Erhaltung der Lex Koller (Kein Ausverkauf

des Schweizer Bodens an Ausländer)

– Initiative gegen das Maulkorbgesetz (Unterschriftensammlung ist im Gange!)

– Referendum gegen weitere Einwanderungsschübe aus EU-Oststaaten (Rumänien, Bulgarien).

Die Schweizer Demokraten werden mit Argusaugen beobachten, wie denn gewisse Parteien ihre Wahlversprechen nun einlösen werden! Mit den Schweizer Demokraten ist in jedem Fall auch weiterhin allorts auf dem Politparkett zu rechnen!

Geschäftsleitung SD-CH

Der «Schweizer Demokrat» muss stärker werden, damit die Schweiz stärker wird!

Bereits im 42. Jahrgang erscheint nun unsere Monatszeitung «Schweizer Demokrat», vormals «Volk und Heimat». Somit haben wir uns zum führenden Organ der nationalen Opposition etabliert. Ein vergleichbares Forum für wirklich freie Informationen und Diskussionen gibt es in der Schweiz

sonst nicht. Wenn Sie wollen, dass den etablierten Politikern das Lachen vergeht, dann handeln Sie jetzt – und helfen dem «Schweizer Demokrat», wo immer es geht. Zeigen Sie mit Ihrem Engagement für den SD, dass Solidarität unter heimatverbundenen Schweizern keine leeren Worthülsen sind!

Ich abonniere den «Schweizer Demokrat»

___ (Anzahl) für mich persönlich (sofern nicht bereits geschehen)

___ als Patenschaftsabo (die Auswahl des Empfängers überlasse ich der Redaktion)

___ als Geschenk

Geht als Geschenk an:

Name _____ Vorname _____

Strasse _____ PLZ _____ Ort _____

Rechnungsadresse:

Name _____ Vorname _____

Strasse _____ PLZ _____ Ort _____

Die ersten 20 Einsender erhalten das Buch «Der Weg aus der Krise»; ISBN 3-9805411-6-9, als Geschenk.

Bitte Talon einsenden an: Schweizer Demokraten, Postfach 8116, 3001 Bern
Telefax 031 974 20 11, E-Mail: sd-ds@bluewin.ch



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!

Nur Zeitungsabonnement

Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern

E-Post: sd-ds@bluewin.ch